

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

37 (22.9.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3 Nr. 37

Mannheim, 22. September 1948

Preis 15 Pfg.

Die Kriegshetzer sind schuld

In der Sondersitzung des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, der zur Behandlung der Urteile, die ein sowjetisches Militärgericht gegen verhetzte Berliner Demonstranten fällte, einberufen wurde, gab am Mittwoch der Abgeordnete Hugo Paul im Namen des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands folgende Erklärung ab:

Im Namen aller friedliebenden Menschen protestiert der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die Verhetzung der Berliner Bevölkerung und vor allem der deutschen Jugend durch die Parteiführer der SPD, CDU und LDP. Die gewissenlose Hetze dieser Führer fand ihren Höhepunkt anlässlich der Kundgebung auf dem Platz der Republik am 9. September 1948, auf der die Redner der SPD, CDU und LDP offene Kriegreden gegen die sowjetische Besatzungsmacht hielten, mit dem Ergebnis, daß irreführende Jugendliche die Staatsflagge der Sowjetunion schändeten, Soldaten und Offiziere der sowjetischen Besatzungsarmee sowie diensttuende deutsche Polizeibeamte mit Steinen bewarfen und auf sie Schüsse abgaben.

Die halbamtliche Zeitung der britischen Besatzungsmacht „Die Welt“ sah sich gezwungen, am 11. 9. 1948 festzustellen:

„Als sich die Demonstranten in langen Zügen zum Gebäude des Kontrollrats begaben, wurde ein weiteres russischer Jeep von der Menge umgestürzt. Die Russen wurden herausgeschoben, verprügelt und ihnen die Uniform vom Leibe gezogen.“

Weiter berichtet das Blatt: „Angefeuert durch die Zurufe der Tausende kletterte eine Gruppe junger Burschen auf das Brandenburger Tor und riß die auf der Quadriga gehißte rote Fahne herunter. Sie wurde auf der Straße von der Menschenmenge in Fetzen gerissen.“

Auf das Ehrenmal für die Gefallenen der sowjetischen Armee, zu dessen Schändung das Organ des CDU-Führers Jakob Kaiser „Der Tag“ noch kurz zuvor aufgefordert hatte, wurden Schüsse abgegeben. Wie wiederum „Die Welt“ berichtet, konnte dieses Denkmal der Roten Armee nur durch eine große Anzahl britischer Militärpolizei und Westpolizisten vor Uebergriffen geschützt werden.

Allein der Ruhe und Besonnenheit der Soldaten und der Offiziere der sowjetischen Besatzungsarmee ist es zu danken, daß diese unverantwortlichen Provokationen nicht zu größerem Blutvergießen geführt haben. Die Führer der SPD, CDU und LDP wiederholen heute gegen die sowjetische Besatzungsarmee jene verbrecherische chauvinistische Propaganda, die im Jahre 1923, damals von den imperialistischen deutschen Kriegsverbrechern Krupp, Stinnes, Thyssen betrieben, elf jungen Essener Arbeiter das Leben kostete, die durch Schüsse der damaligen französischen Besatzungstruppen umkamen.

Was würde geschehen, wenn chauvinistisch verhetzte Deutsche in den Westzonen die Staatsflagge der Besatzungsmächte schänden, Angriffe auf die Angehörigen der Besatzungstruppen unternehmen und Ehrenmale beschmutzen wollten? Als der junge nazistisch vergiftete Kabus und einige andere Jugendliche in der amerikanischen Zone ein Sprengstoffattentat auf eine Spruchkammer versucht hatte, wurde er von einem amerikanischen Gericht zum Tode verurteilt und seine Strafe später

Westdeutsche Gewerkschaften nach Berlin eingeladen

20. 9. Der FDGB von Groß-Berlin hat Vertreter der westdeutschen Gewerkschaften bei der 9. Interzonenkonferenz in Lindau zum zweiten Male zum Studium der Lage in Berlin eingeladen, um den westdeutschen Gewerkschaftlern Gelegenheit zu geben, sich objektiv über die Ursachen der Gewerkschaftsspaltung in Berlin zu unterrichten, die vertagte 9. Interzonenkonferenz festzusetzen und an der notwendigen Schaffung des Gesamtdeutschen Gewerkschaftsbundes weiter zu arbeiten.

in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Fünf seiner Mitangeklagten erhielten je 30 Jahre Zuchthaus, einer 15 Jahre und zwei weitere je 10 Jahre. Bei den Angeklagten handelte es sich durchweg um 18jährige Jugendliche. Aber sie hatten kein amerikanisches Hoheitszeichen beschmutzt, keine Angehörigen der Besatzungsmacht überfallen und verletzt und kein amerikanisches Ehrenmal geschändet.

Die Alliierten haben den ihnen vom Hitlerschen Imperialismus aufgezwungenen Krieg geführt, um Nazismus und Militarismus in Deutschland auszurotten. Jeder verantwortungsbewußte Deutsche wird ihnen das Recht zuerkennen, sich gegen chauvinistische Provokationen zu schützen. Die Verantwortung aber für die Verurteilung der verhetzten Jugendlichen, die sich zu diesen herausfordernden Handlungen gegen die sowjetische Besatzungsmacht hinreißen ließen, tragen allein die Berliner Kriegshetzer, die Reuter, Neu-

mann, Suhr, Kaiser, Friedensburg und Schwennicke. Sie setzen alles daran, um die alliierten Verhandlungen zu durchkreuzen und zu diesem Zwecke sind ihnen auch die provokatorischsten Mittel recht.

Der Parteivorstand der Kommunistischen Partei Deutschlands macht sie vor aller Welt und vor dem ganzen deutschen Volk für das Blutvergießen und für die Urteile in Berlin verantwortlich. Noch sind die Tränen von Millionen Witwen und Waisen nicht getrocknet, noch sind die Wunden der Opfer des zweiten Weltkrieges nicht verheilt und schon beginnen diese gewissenlosen Hetzer erneut, mit dem Leben unseres Volkes zu spielen. Wir warnen das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Jugend vor diesen Kriegshetzern, die es in eine neue Katastrophe führen wollen, eine Katastrophe, die nur mit dem Untergang der deutschen Nation enden könnte.

Revision des Berliner Urteils?

Die Verurteilten unter dem Einfluß von Pogromreden

(Rdfk.) Der sowjetische Militärkommandant von Berlin, General Kotikow, spricht sich in einem an den Staatsanwalt der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland gerichteten Schreiben für eine Revision des Urteils gegen die zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilten Teilnehmer an den provokatorischen Demonstrationen am Brandenburger Tor aus.

General Kotikow ist der Meinung, daß das Militärtribunal der Berliner Garnison bei der Verhandlung einige Tatsachen außer acht gelassen habe. Der General stellt fest, daß die Verurteilten unter dem Einfluß der Pogromreden faschistischen Charakters einiger Personen der Berliner Verwaltungsorgane gehandelt haben. Dabei weist er den Staatsanwalt auf das inzwischen eingegangene Ergänzungsmaterial über die Anstifterrolle und die Reden von Mattick, Reuter, Neumann, Dr. Suhr, Dr. Friedensburg und

anderen hin, die zu Pogromaktionen aufgerufen haben.

All diese Tatsachen bieten nach Ansicht von General Kotikow Gründe dafür, daß der Staatsanwalt der SMV im Rahmen seiner Aufsichtsbefugnisse die Anklage gegen die fünf Verurteilten dem Militärtribunal der sowjetischen Militärverwaltung zur Prüfung vorträgt.

General Clay rügt Parlamentarischen Rat

(Rdfk.) Auf einer Pressekonferenz erteilte General Clay dem Parlamentarischen Rat in Bonn, der sich in einer Sondersitzung mit der Lage in Berlin befaßte, praktisch eine Rüge, indem er feststellte, daß er nicht einsehen könne, was die Berliner Vorgänge überhaupt mit der Arbeit des Parlamentarischen Rats zu tun hätten, der zur Ausarbeitung einer provisorischen Verfassung eingesetzt worden

Festkonten bis 1952 gesperrt?

Vertrauen in neue Währung stark erschüttert — Kleinsparer weiter enteignet

Frankfurt. Ein Entwurf des Zentralbankrates, der auf Wunsch der Militärregierung ausgearbeitet wurde, sieht vor, daß entgegen der ausdrücklichen Zusicherung im Währungsgesetz die noch blockierten fünf Prozent der Festkonten bis zum 31. Dezember 1952 gesperrt bleiben sollen. Begründet wird dieser Vorschlag damit, daß bereits jetzt der Geldumlauf zu groß sei und in keinem Verhältnis zum Umfang der Warenproduktion stehe. Unter keinen Umständen dürfe die Kaufkraft weiter erhöht werden, da in nächster Zeit ein empfindlicher Mangel an Konsumgütern eintreten werde.

Als Folge der Erhard'schen Wirtschaftspolitik fließen die umlaufenden Zahlungsmittel nicht an die Banken und Sparkassen zurück und drücken infolgedessen stark auf den Markt. Es ergebe sich so eine Erschwerung der Anlagemöglichkeiten, der durch die vorgeschriebenen Maßnahmen des Bankrats entgegengewirkt werden solle. Um dem Kaufkraftüberhang zu begegnen, müßte die Warenerzeugung beträchtlich steigen. Die große Geldflüssigkeit erfordere eine beträchtliche Einschränkung des freien Marktes, wenn das Preisniveau sozial tragbar werden soll.

Aus maßgebenden Finanzkreisen werden gegen den Entwurf des Bankrates ernste Bedenken geltend gemacht. Durch die Blockierung der Gelder bis 1952 würden vornehmlich die Kleinsparer, Kleingewerbetreibenden und die freien Berufe empfindlich geschädigt und das Vertrauen in die neue Währung weiter stark erschüttert. Scharfe Kritik wird ferner daran geübt, daß der Zentralbankrat ohne jede parlamentarische Kontrolle arbeite und ohne Befragen des Wirtschaftsrates mit der Militärregierung verhandle. Auch die Finanzverwaltung habe keinen Einfluß auf die Gestaltung des Entwurfs. Der Verwaltungsrat plane im Gegensatz zum Vorschlag des Bankrates, die blockierten Konten der Wiederaufbaubank zur Verfügung zu stellen.

Über die blockierten 5 Prozent der abgewerteten Spargelder soll am 20. September entschieden werden. Darüber, wie die Entscheidung ausfallen wird, lassen sich aus der Erklärung des Oberdirektors der bizonalen Verwaltung, Dr. Pünder (CDU), bestimmte Schlüsse ziehen. Er sagte:

„Es geht natürlich nicht an, daß Ansprüche in Betracht kommen, die von

(Fortsetzung auf Seite 2)



Kurt W. Weber

Stadtrat in Mannheim und verantwortlicher Redakteur unseres „Badischen Volksechos“, der zusammen mit dem Stuttgarter Redakteur Hans van Dyck von der amerikanischen Militärregierung angeklagt und vom mittleren amerikanischen Militärgericht verhandelt werden wird. Entgegen den frommen Wünschen des Kommentators Heinz Frentzel vom Stuttgarter Rundfunk wurden die beiden Redakteure, welche am Montag vor einem amerikanischen Schnellgericht standen, nicht in Haft genommen, sondern gegen eine Kaution von je 350.— DM auf freiem Fuß belassen bis zur Verhandlung, deren Termin noch nicht festliegt.

Weitere Berichte im Innern des Blattes.

Kriegsverbrecherin erhält Haftverkürzung

(Rdfk.-EB.) Die Haftzeit der Frau des ehemaligen KZ-Kommandanten von Buchenwald, Ilse Koch, wurde von der amerikanischen Militärregierung von lebenslänglich auf vier Jahre herabgesetzt.

Das internationale Buchenwald-Komitee nahm in Anwesenheit zahlreicher ausländischer Delegierter auf seiner Arbeitstagung eine Protestentscheidung an, in der es heißt:

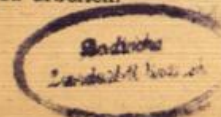
Die SS-Lagerführer und -ärzte, einschließlich der berüchtigten Kommandeuse Ilse Koch, die sich Lampenschirme aus tätowierter Menschenhaut anfertigen ließ, haben die schrecklichsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und wurden mit vollem Recht zum Tode oder zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Durch die amerikanische Militärregierung wurden sie jetzt zu lächerlich geringen Strafen begnadigt.

Die ehemaligen politischen Gefangenen von Buchenwald, die dem Terror und Verbrechen dieser SS-Banditen ausgesetzt waren, empfinden diese Revision des Urteils als einen Faustschlag ins Gesicht der Antifaschisten der ganzen Welt. Mitleid mit diesen Henkern ist Grausamkeit gegen die Opfer. Dieser Gnadenakt ist geeignet, den Neofaschismus zu stärken, damit er neue Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorbereiten und durchführen kann. Wir fordern deshalb die sofortige Annulierung der Revision und die Auslieferung der Gefangenen, die bisher nur wegen der Verbrechen an Mitgliedern der alliierten Nationen verurteilt worden sind, an die deutschen Gerichte, um auch die Verbrechen an den deutschen Antifaschisten zu sühnen.

Im Auftrage: Die Vertreter der ehemaligen politischen Gefangenen des KZs Buchenwald aus den europäischen Lagern: Walter Bartel, Harri Kuhn, Ernst Busse, und von den anwesenden ausländischen Delegierten: Wegerer und Priester (Oesterreich), Tesch (Tschechoslowakei), Jan Idorczyk (Polen), Colonel Mannes (Frankreich), Knudsen (Dänemark).

Nordkorea wird geräumt

Die Oberste Vollversammlung von Korea hat in einer Eingabe an die Regierung der Sowjetunion und die Regierung der USA das Ersuchen gerichtet, die sowjetischen und die amerikanischen Truppen aus Korea abzuberufen. Das Präsidium des obersten Sowjets der Sowjetunion hat daraufhin beschlossen, die Truppen der Roten Armee aus Nordkorea zurückzuziehen. Die Räumung muß bis zum 31. Dezember 1948 beendet sein. Das Präsidium des obersten Sowjets gibt dabei der Hoffnung Ausdruck, daß entsprechend dem Wunsche des Volkes von Korea auch die amerikanische Regierung sich bereit erklärt, ihre Truppen aus Südkorea zurückzuziehen.



Festkonten bis 1952 gesperrt?

(Fortsetzung von Seite 1)

Krause, Schulze und Lehmann angemeldet werden."

Auch der wissenschaftliche Beirat der Verwaltung für Wirtschaft fordert, daß von der Freigabe der Festkonten vorerst abgesehen werden müsse. Diese Maßnahme bedeutet die Abwertung der Spargelder im Verhältnis von 1:20 und die Wiedereinführung des „eisernen Sparsens."

86 Prozent aller Sparer besaßen am 20. Juni 1948 ein Konto von höchstens 1000 RM. Die Hinterbliebenen dieser Sparerklasse, die nach der Abwertung weniger als 100 DM in das „bessere Leben nach dem großen gelungenen Wurf" gerettet haben, sollen nun auch noch den Rest in den Schornstein schreiben. Anderes ist von diesem Verfahren des „eisernen Sparsens" nicht zu erwarten.

Von der Vorzensur zur Selbstzensur

(EB Hamburg.) Der Gipfel der Maßnahmen, welche in Westdeutschland gegen die Zeitungen des werktätigen Volkes getroffen werden, ist wohl im Falle der Hamburger Volkszeitung, welche bereits seit dem 21. August 1948 erneut unter Vorzensur steht, erreicht.

Als die zuständigen Redakteure der „Hamburger Volkszeitung" kürzlich dem britischen Zensor, Mr. Hart, den Fahrenabzug der Sonntagsnummer des Blattes vorlegten, gab dieser den Fahrenabzug unangesehen wieder zurück, mit dem Bemerkten, er sei „mit einigen Dingen auf der ersten und zweiten Seite nicht einverstanden". Auf die Frage der Redakteure, welche Stellen dies seien, erwiderte der Zensor, es sei Sache der Redaktion, herauszufinden, welche Stellen beanstandet werden!

In einer darauf folgenden Verhandlung der Lizenzträger der „Hamburger Volkszeitung" mit dem britischen Zensor, in der sie ablehnten, sich selbst zu zensurieren, wurde ihnen erklärt, dann könne die Zeitung nicht herauskommen! Dabei blieb es auch, die Leser der „Hamburger Volkszeitung" warteten am Sonntag vergeblich auf ihre Zeitung.

Es kann damit gerechnet werden, daß diese zunächst nur in Hamburg angewandten Methoden gegen die freie demokratische Presse Westdeutschlands auch auf die anderen Zeitungen der Werktätigen ausgedehnt werden, um die Presse des Volkes finanziell zu ruinieren.

General Clay weiß von nichts

Wieder eine geplatze Lüge

(PD) 1300 russische Soldaten seien desertiert und in die amerikanische Zone geflohen. Die Zahl der Flüchtlinge aus der Roten Armee in die britische Zone wäre sogar noch wesentlich höher. Das weiß die gesamte westliche lizenzierte Presse in großen Schlagzeilen zu berichten. Zwei Drittel dieser Deserteure würden als Landarbeiter in der amerikanischen Zone arbeiten.

Auf einer Pressekonferenz wurde General Clay über diese Deserteure gefragt. General Clay erklärte, daß ihm von diesen Deserteuren nichts bekannt sei.

Die Urheber dieser geplatzen Lüge sind zwei führende amerikanische Pressekommentatoren, Joseph und Steward Alsop. Ihnen wäre es gewiß ein leichtes gewesen, die Richtigkeit dieser Nachricht bei der Militärregierung nachzuprüfen, ebenso leicht wäre es aber auch den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen, einschließlich des sozialdemokratischen Pressedienstes, möglich gewesen, sich von der Lügenhaftigkeit dieser phantastischen Ente zu überzeugen. Aber warum eine solche Geschichte nachprüfen, wenn sie gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Wenn es auch nicht stimmt, etwas bleibt doch hängen.

Senatoren protestieren

Drei republikanische USA-Senatoren drückten ihren höchsten Unwillen aus über die Umwandlung der lebenslänglichen Gefängnisstrafe für Ilse Koch in vier Jahre. Ilse Koch, sagte einer von ihnen, ist verbunden mit einigen der barbarischsten Grausamkeiten, die in der Geschichte bekannt sind. Die Umwandlung ihrer Strafe in eine Zeit, welche es ermöglichen würde, sie bereits im nächsten Jahre zu entlassen, schein ihm eine ungläubliche Umkehrung der Gerechtigkeit zu sein.

New York Herald Tribune.

Kommunistische Redakteure vor dem US-Militärgericht

Pressekonferenz bei der Militärregierung in Stuttgart — Kurt W. Weber und Hans van Dyck bis zur Verhandlung auf freiem Fuß

(EB) Der Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden, Mr. LaFollette, legte am vergangenen Freitag, 17. September 1948, den Vertretern der Presse zwei Anklageschriften zum Studium vor. Angeklagt sind der verantwortliche Redakteur des kommunistischen Mitteilungsblattes von Baden, „Badisches Volksecho", Kurt W. Weber, und der verantwortliche Redakteur des kommunistischen Mitteilungsblattes für Württemberg, „Volksstimme", Hans van Dyck. Den beiden Redakteuren, welche nicht zur Pressekonferenz geladen waren, wurde am gleichen Tage Kenntnis von der Anklage gegeben. Die Anklageschrift wurde ihnen am Montag, 20. September 1948, vor dem Militärgericht in Ludwigsburg überreicht, welches bestimmte, daß die eigentliche Verhandlung vor einem mittleren Militärgericht stattzufinden habe. Kurt W. Weber und Hans van Dyck wurden gegen Gestellung einer Kaution von je DM 350,— bis zur Verhandlung auf freiem Fuß belassen.

Hans van Dyck ist angeklagt wegen Verstoßes gegen § 60 der Nachrichten-Kontroll-Vorschriften Nr. 3, Verbot der Verteilung und des Verkaufs von Zeitungen, welche einen böswärtigen Angriff auf die Politik oder das Personal der Militärregierung enthalten oder versuchen, das Mißtrauen und die Feindseligkeit der deutschen Bevölkerung gegen die Besatzungsmacht hervorzurufen. Weiter wegen eines Verstoßes gegen § 40 Artikel 2 der Verordnung Nr. 1, Ausstreuen von Gerüchten, die dazu bestimmt sind, die Bevölkerung zu erregen oder zu erschrecken.

Kurt Weber ist wegen der gleichen Vergehen angeklagt, und zusätzlich noch in drei weiteren Punkten, und zwar Verstoß gegen den § 21 Artikel 2 der Verordnung Nr. 1, Nichtbefolgung oder Bekanntmachung eines Befehls der Militärregierung oder eines ihrer Vertreter, in welcher eine Strafdrohung nicht ausdrücklich angeordnet ist; Verstoß gegen den § 6b der Nachrichten-Kontroll-Vorschrift Nr. 3, Verbot der Verteilung und des Verkaufs von Zeitungen, Zeitschriften oder anderen Veröffentlichungen, welche die nationalsozialistischen Ideen, wie Rassen-theorie und Rassenhaß, oder irgendeine faschistische oder antidemokratische Idee propagieren; Verstoß gegen § 41 Artikel 2 der Verordnung Nr. 1, feindseliges und unehrerbietiges Verhalten gegenüber den alliierten Streitkräften oder einer der Vereinten Nationen.

Die Veröffentlichungen, welche unter diese Anklagepunkte fallen, sind grundsätzlich verschiedener Art. So wird Hans van Dyck, der Redakteur der „Volksstimme", u. a. zur Verantwortung gezogen für eine Notiz des Inhalts: „Die amerikanische Regierung hat 3193 Milliarden Dollar für die amerikanische Luftwaffe ausgegeben". Der offensichtliche Satzfehler wurde erst nach Erscheinen der Zeitung gemerkt und sofort in der nächsten Nummer dadurch berichtigt, daß nach Ziffer „3" ein Komma eingesetzt wurde.

Die stärkste Partei Indonesiens verboten

Indonesier kämpfen um ihre nationale Freiheit

Laut Pressemeldungen wurde die Kommunistische Partei Indonesiens von der von den niederländischen Behörden eingesetzten und unter Leitung des niederländischen Generalgouverneurs stehenden vorläufigen Bundesregierung Indonesiens verboten. Es wurde angekündigt, daß die weitere Tätigkeit der Partei mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden würde.

Die Kommunistische Partei Indonesiens ist nicht nur die unerschrockene Führerin des indonesischen Volkes gegen koloniale Ausbeutung und nationale Unterdrückung, sie ist auch gleichzeitig die stärkste indonesische Partei, die den Volkswillen in diesem kolonialen Inselgebiet, das den Niederlanden untersteht, verkörpert. Die Kommunistische Partei Indonesiens hat sich erst vor kurzem mit den republikanischen Sozialisten, der sozialistischen Jugendorganisation, und der Arbeiterpartei vereinigt. Die Sozialisten stellten in einer Erklärung fest, daß sich die Vereinigung mit den Kommunisten auf

Auch die Anklagepunkte gegen den Redakteur des „Badischen Volksechos" enthalten eine Reihe solcher offensichtlich technischer Versehen. Sie haben samt und sonders ihre Ursache darin, daß die Redaktionen der Mitteilungsblätter der Kommunistischen Partei gezwungen sind, unter geschäftlichen, technischen und personellen Voraussetzungen zu arbeiten, unter denen die sogenannte Lizenzpresse nicht einmal eine Seite herausbringen könnte, geschweige denn eine ganze Zeitung. Verschiedene Ursachen halten die Auflage der Arbeiterpresse so niedrig, daß sie nicht in der Lage ist, sich des umfassenden Informations- und Nachrichtenmaterials zu bedienen, über welches die Lizenzpresse verfügt, und daß sie unter dem Zwang des Geldmangels nur mit so wenig Personal arbeiten kann, daß technische Versehen, welche auch bei der mit einem ausreichenden Apparat arbeitenden Lizenzpresse vorkommen, unvermeidlich sind.

Eine andere Gruppe von Anklagepunkten umfaßt Fälle, in denen die beiden Redakteure Meldungen anderer in der amerikanischen Zone lizenzierter Zeitungen zitiert oder verarbeitet hatten, welche sich nicht als richtig erwiesen. So schrieb Hans van Dyck nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau" einen Artikel mit der Überschrift „Markt frei für Studebaker". Nachdem die „Frankfurter Rundschau" ihre Meldung berichtigte, hat auch die „Volksstimme" eine Berichtigung gebracht. Der Redakteur des „Badischen Volksecho", K. W. Weber, veröffentlichte eine Meldung mit der Überschrift: „160 000 Tonnen Waschmittel als Reparationen aus der Bizone". Er bezog sich in dieser Veröffentlichung auf eine Mitteilung der in Stuttgart erscheinenden, amerikanisch lizenzierten Wirtschafts-Fachzeitschrift „ABC-Wirtschaftsmarkt". Die Redaktion dieser Zeitung mußte auf Befragen zugeben, daß auch sie einer Fehlinformation zum Opfer gefallen sei. Die Anklage gegen Kurt W. Weber unterstellt nun, daß er, indem er diese auf die Veröffentlichung einer ausgesprochenen Fachzeitschrift gestützte Meldung brachte, vorsätzlich Gerüchte verbreitet habe, die dazu bestimmt waren, die Bevölkerung zu erregen oder zu erschrecken.

Eine ganze Reihe von Anklagepunkten gegen den Redakteur des „Badischen Volksechos", Kurt W. Weber, befaßt sich mit Zeichnungen und Karikaturen und den dazugehörigen Texten. Auf einer dieser Zeichnungen sagt eine Figur, welche die Aufschrift „Monopolkapitalismus" trägt zu einer den Krieg darstellenden Figur, welcher er die freigesprochenen IG-Direktoren vorstellt: „Wir haben die IG-Farben-Direktoren freigesprochen, sie stehen wieder ganz zu Ihren Diensten." Mit dieser Karikatur und Text soll Kurt W. Weber ein unehrerbietiges Verhalten gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika, einer der alliierten Mächten, an den Tag gelegt haben. Auf einer anderen Karikatur sitzt ein Mann mit Dollarzeichen auf einem von vier

Die Antwort der Indonesier

Batavia. (UP) Radio Jogjakarta gab bekannt, daß kommunistische Insurgenten in Ost-Java einen Umsturzversuch unternommen hätten. Die Stadt Madiun sei von den Aufständischen besetzt worden. Eine reguläre Einheit der indonesischen Streitkräfte sei zu den Kommunisten übergegangen und habe bei dem Staatsstreich mitgewirkt. Zu nennenswerten Kämpfen sei es bisher nicht gekommen.

Männern gezogenen Pflug, welcher Deutschland in zwei Hälften teilt. Der Mann auf dem Pflug reizt die Männer zum Ziehen an, indem er vor ihren Gesichtern eine Wurst mit der Aufschrift „Marshallplan" baumeln läßt. Der Text sagt in bezug auf die vier Deutschen, welche sich vor den Karren des Monopolkapitals spannen: „Vergebt ihnen nicht, denn sie wissen was sie tun". In Text und Zeichnung wird ein vorsätzlicher und böswärtiger Angriff gegen die Politik der Militärregierung erblickt.

Die gesamte Anklageschrift gegen Kurt W. Weber umfaßt 22 Punkte. Eine ganze Reihe von Anklagepunkten befassen sich mit ein und derselben Veröffentlichung. Durch die Veröffentlichung eines Zitats aus der Schweizer Zeitung „Tat" mit dem Inhalt: „Die Bevölkerung Westdeutschlands sieht in Clay den „starken Mann" der Okkupation, die Personifizierung der gesamten Besatzungspolitik. Man hält ihn für einen Deutschenhasser, Judenfreund. In Bayern gibt es kaum einen Menschen, der nicht davon überzeugt ist, daß Clay der Schwiegersohn Morgenhaus oder ein Schwager des bayrischen Judenkommissars Auerbach sei", führte das Badische Volksecho die von Ressentiments und Vorurteilen behafteten und noch in nationalsozialistischem und antisemitischem Wahn befangenen, rückständigen Stimmungen in der westdeutschen Bevölkerung vor Augen. Die Anklage erblickt hierin einen vorsätzlichen, böswärtigen Angriff auf General Clay und die vorsätzliche Propagierung von nationalsozialistischen und Rassenhaß-Ideen.

Nach Eröffnung der Pressekonferenz durch den Direktor der Militärregierung, Mr. LaFollette, welcher die Journalisten auf die Möglichkeit hinwies, Fragen zu stellen, war es sehr ruhig im Konferenzzimmer. Auf erneute Ermunterungen zur Fragestellung begann als erster der Vertreter einer amerikanischen Zeitung, Direktor LaFollette äußerte, daß er noch nicht in der Lage sei, zu sagen, was mit dem „Badischen Volksecho" und der „Volksstimme" geschehen werde. Er würde gerne den Ausgang der Gerichtsverhandlung abwarten. Die Verhandlung werde dem „Ethos der Demokratie" entsprechend geführt. Was bezüglich der politischen Gruppe, die hinter diesen Zeitungen stehe, geschehen werde, liege, in großem Ausmaße gesehen, bei dieser Gruppe selbst.

Zur Frage, ob eine schärfere Kontrolle der „kommunistischen Elemente" in Württemberg-Baden vorgenommen werde, meinte Direktor LaFollette, daß die Pressevertreter seine Ausführungen auslegen können wie sie wollen, er würde aber keinen Stempel darunter geben.

Auf die Frage, ob nur bei kommunistischen Blättern die in den Anklageschriften aufgeworfenen Dinge vorgekommen seien, meinte Direktor LaFollette, das Vorgehen gegen die einzelnen Zeitungen hänge davon ab, in welchem Geiste die Verstöße vorgekommen seien. Mit seinen großen Vollmachten, die er als Militärgouverneur habe, gehe er sehr vorsichtig um, denn er könne leicht damit dem deutschen Volk das Recht zum Sprechen nehmen.

Es könne durchaus sein, daß auch von Redakteuren anderer Zeitungen technische Versehen vorgekommen wären, welche gleichfalls eine Verletzung des Gesetzes darstellten. Ob aber das Gesetz zur Anwendung gebracht werde, sei eine Sache der Politik.

Auf die Frage, ob mit diesem Prozeß durch den zum ersten Male Redakteure der Strafverfolgung ausgesetzt werden, nicht ein Präzedenzfall geschaffen werde, äußerte Direktor LaFollette: „Ich fürchte mich nicht vor der Schaffung eines Präzedenzfalles".

Das mittlere Militärgericht, vor welchem die Verhandlung stattfinden wird, ist berechtigt, Strafen bis zu 10 Jahren Gefängnis und zusätzlich Geldstrafen bis zu hunderttausend Mark auszusprechen.

Zentrum in Mannheim zugelassen

Mannheim. Die US-Militärregierung für Württemberg-Baden hat kürzlich die Zentrumspartei für den Stadt- und Landkreis Mannheim zugelassen.

Noch eine neue Partei

Karlsruhe. Die „Radikalsoziale Freiheitspartei", politische Vertreterin der Freiheitslehre Silvio Gesells, wurde für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe als politische Partei zugelassen.

Kampfgruß an Georgij Dimitroff

Vor 15 Jahren, am 21. September 1933, begann in Leipzig der Prozeß gegen den bulgarischen Kommunisten Dimitroff, den heutigen Ministerpräsidenten Bulgariens und vier weitere Angeklagte wegen Brandstiftung im Reichstag. In diesem Prozeß entlarvte Dimitroff vor der gesamten Weltöffentlichkeit in heldenhafter Weise die nazistischen Brandstifter, die 1933 den Reichstag und 1939 die ganze Welt in Brand gesetzt haben.

Aus Anlaß der 15jährigen Wiederkehr des Tages, an dem dieser Prozeß begann, hat der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an Dimitroff einen Kampfgruß übersandt, in dem es heißt:

„Lieber Genosse Dimitroff! Am 21. September 1933, vor 15 Jahren, begann der Reichstagsbrandprozeß, in dem Sie mit dem wahren Heldenmut eines echten Antifaschisten und inmitten der faschistischen Barbarei, vom Tode bedroht, das leuchtende Beispiel eines unerschrockenen und revolutionären Kämpfers gegeben haben.“

Weiter heißt es, daß die Werktätigen der ganzen Welt auf die Worte Dimitroffs achteten, dessen Kampf ein Symbol und Fanal des antifaschistischen Widerstands war. Das Auftreten Dimitroffs sei nicht nur eine Anklage gegen die Provokateure, sondern ein leidenschaftlicher Aufruf zum Kampf gewesen, der in allen Ländern der Welt eine mächtige Bewegung gegen Faschismus und Krieg auslöste. Er habe vor dem Gericht nicht nur die Ehre der deutschen Arbeiterklasse gegen die faschistischen Verleumdungen verteidigt, sondern wichtige Hinweise und wertvolle Ratschläge für unseren weiteren Kampf gegen den Faschismus gegeben.

Der gemeinsame Kampf gelte heute denselben Kräften, gegen die Dimitroff vor 15 Jahren von der Anklagebank aus den Kampf eröffnet habe.

Abschließend heißt es in dem Aufruf: „In diesem Kampf wird uns Ihr Auftreten im Leipziger Prozeß immer ein Vorbild sein. In diesem Sinne grüßen wir Sie im Namen von Millionen deutscher Antifaschisten.“

Pressestimmen

Sage mir, mit wem du umgehst...

Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht veröffentlichte dieser Tage in der Züricher „Weltwoche“ eine Artikelserie unter dem Titel „Der Marshall-Plan als Fundament des Wiederaufbaues“. Darin erklärte Schacht, die mit dem Marshall-Plan verknüpften Absichten Amerikas seien nicht allein von humanitärer Gesinnung getragen, sie seien auch politisch weise. Zum Kernpunkt seiner Stellungnahme macht Schacht die Forderung, an die Stelle von Krediten zu einem Teil die Anlage amerikanischen Kapitals im europäischen Unternehmen treten zu lassen.

„Frankf. Neue Presse“ vom 4. 9. 48.

Berliner Spalter stören Alliierte Verhandlungen

Allerdings sind die Westmächte mit dem Verhalten des stellvertretenden Oberbürgermeisters Dr. Friedensburg und des Parlamentsvorstehers Dr. Suhr nicht voll einverstanden. Man hält es für eine Ungeschicklichkeit, daß Friedensburg einen eigenen Schutzdienst im Stadthaus organisierte und damit im Gegensatz zu dem bisherigen Verhalten den Versuch unternahm, Gewalt mit Gewalt zu brechen. Als besonders ungeschickt wird die Heranziehung von Polizisten aus den Westsektoren zum Schutzdienst betrachtet. Solche Maßnahmen wirken als Herausforderung, die einen Vorwand für die SED und ihre Demonstranten liefert. Andererseits ist die Schutzgarde zahlenmäßig viel zu schwach, um wirklich Schutz bieten zu können. Das hat sich am Montag gezeigt.

Dem Parlamentsvorsteher wird die eigenmächtige Einberufung einer Sitzung des Parlaments in den britischen Sektor vorgeworfen. Die Engländer haben zwar gegen die Verlegung des Parlaments nichts einzuwenden, wenn zwingende Umstände sie erfordern, doch wollen sie als Besatzungsmacht über so wichtige Maßnahmen befragt werden, da sie auch die internationalen Beziehungen berühren. Es geht nach britischer Meinung nicht an, daß die Deutschen, mögen ihre Beweggründe noch so verständlich und unterstützungswürdig sein, einfach vollendete Tatsachen schaffen, die geeignet sein könnten, die interalliierten Bemühungen um eine Verständigung zu stören.

„Neue Züricher Zeitung“ vom 8. 9. 48.

Unserem geliebten Widerstandskämpfer PAUL SCHRECK

Die VVN Mannheim erhielt vom Buchenwald-Komitee folgendes Schreiben, das sie uns freundlicherweise zur Verfügung stellt. Aus dem Schreiben geht die hervorragende Rolle, die der Genosse Schreck während seiner Gefangenschaft im Konzentrationslager in Buchenwald in der Widerstandsbewegung spielte, hervor.

Liebe Kameraden!

Unserem lieben Kampfgenossen Paul Schreck unseren letzten Gruß!

Die Mitglieder des Buchenwald-Komitees in der VVN sind auf das tiefste erschüttert von der Nachricht des tragischen Todesfalles unseres tapferen und geliebten Führers der internationalen Widerstandsbewegung im Konzentrationslager Buchenwald, Paul Schreck.

Er war uns ständig in den Jahren des furchtbarsten Terrors und der SS-Grausamkeiten gegen wehrlose Gefangene ein kluger und ständiger Berater und Führer für



die Organisierung einer planmäßigen, zielbewußten Widerstandsbewegung gegen das Nazisystem, insbesondere gegen die SS-Bestien.

Wir sind uns dessen bewußt, daß der Tod unseres lieben Kameraden Paul bei allen noch lebenden ehemaligen Buchenwalder Kumpels, ohne Unterschied der Weltanschauung, der Rasse, der Nation und des Glaubens, nicht nur Erinnerungen auslösen wird, sondern tiefste Trauer und Mitgefühl über den Verlust eines unserer besten Kameraden, der allen bekannt war vom 3jährigen bis zum ältesten Häftling im KZ Buchenwald. Die Fahnen der Widerstandskämpfer in allen Ländern der Welt senken sich bei der Nachricht über den Tod unseres geliebten Kampfgefährten Paul!

Zu früh hat der Tod sein Leben voller Ideale für den wahren Humanismus, für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung abgebrochen.

Wir Ueberlebende der Widerstandsbewegung werden den Kampf zur restlosen Vernichtung des Faschismus und Nazismus, gegen Imperialismus und Reaktion, für Freiheit und Frieden fortsetzen, und damit wollen wir unserem toten Kameraden Paul Schreck die letzte und höchste Ehre erweisen.

VVN Hann.-Münden Buchenwald-Komitee

i. A.: W. Schumann — H. Dilcher.

Letzte Ehrung dem toten Kameraden

14 ehemalige Häftlinge aus dem KZ Buchenwald legten im Auftrage des Internationalen Buchenwald-Komitees am Samstag bei der Ueberführung der Asche zur letzten Ruhe einen Kranz nieder.

Uns allen ein Vorbild

Das Internationale Buchenwald-Komitee an die Genossin Schreck! Am Tage der Opfer des Faschismus erhielten wir die erschütternde Nachricht vom Tode unseres Kameraden Paul. Wir sprechen Ihnen im Namen aller ehemaligen politischen Gefangenen Buchenwalds zu dem erlittenen schweren Verlust unser tief empfundenen Beileid aus. Paul galt uns allen als der unerschrockene Antifaschist und als solcher ist er mitten im Kampf um ein neues demokratisches Deutschland gefallen. Sein Wirken wird uns allen Vorbild bleiben.

Internationales Buchenwaldkomitee: Walter Bartel, Harry Kuhn, Ernst Busche, Conel Mans (Frankreich), Wegerer (Oesterreich), Fleck (Tschchoslowakei), Knusten (Dänemark), Isitortschik (Polen).

Letzte Grüße aus allen Teilen Deutschlands

Außer den bereits veröffentlichten gingen noch weitere Beileids-Telegramme und -Schreiben von der Kommunistischen Partei Rheinland-Pfalz, vom FDGB Berlin, von der KP Konstanz, vom Hauptbetriebsrat der Eisenbahnen der Bizone, vom Ortsausschuß Karlsruhe des Gewerkschaftsbundes, vom Betriebsrat der Firma Bopp & Reuther, vom Landesvorstand der KP Hessen, vom Polizeipräsidenten Laiber, vom Konzertdirektor Heinz Hoffmeister, von Gerhard Herkel (dem Sohn des verstorbenen Schulrates aus Mosbach) und von Landesdirektor Zimmermann.

Partei ohne Programm

Zum Parteitag der SPD in Düsseldorf

Es war der frühere schleswig-holsteinische Landwirtschaftsminister Arp, der auf dem Parteitag der SPD in Düsseldorf klar die Forderung aufstellte, jede Kompromißpolitik der SPD müsse aufhören, und der die Anträge unterstützte, die die Ausarbeitung eines Parteiprogrammes fordern. In diesen Anträgen kommt die Mißstimmung weiter Kreise der Mitgliedschaft darüber zum Ausdruck, daß es der Sozialdemokratischen Partei an einem klaren Programm fehlt, das die Lage in Deutschland klar analysiert und einen Weg aus der Not, den Weg zum Sozialismus aufzeigt.

Dieses Fehlen einer klaren Idee braucht nicht zu wundern bei einer Partei, deren erster Vorsitzender in seinem Referat feststellt: „Es ist hier nicht die Gelegenheit einer Untersuchung darüber möglich, was vom Marxismus noch Geltung hat und sachlich durch andere Ideen nicht dargestellt werden kann. Der Kampf um die Demokratie und den Sozialismus verlangt von seinen Streitern kein Bekenntnis zum Marxismus.“ Mit der Abkehr von den grundlegenden Erkenntnissen Karl Marx' und Friedrich Engels', mit der Einschmuglung reformistischer Theorien in die deutsche Arbeiterbewegung

begann der Niedergang der deutschen Sozialdemokratie, die einst unbestritten an der Spitze aller sozialistischen Parteien marschierte. Damit wurde der Grund gelegt für eine Politik, die konsequent zur Kriegspolitik des ersten Weltkrieges und später zum 30. Januar 1933 führte.

Niemals soll der Marxismus Dogma sein. Aber wenn die Methode des wissenschaftlichen Sozialismus in der SPD lebendig angewandt würde, dann hätte der Parteitag nicht einer Entschlebung zustimmen können, die alles Heil von den Kapitalisten Amerikas erwartet, die Politik der sozialistischen Sowjetunion jedoch ablehnt, derselben Sowjetunion, die immer wieder betont hat, daß sie ein einheitliches und demokratisches Deutschland will, in dem nicht mehr, wie der Parteivorstand der SPD in Köln einmal festgestellt hat, „in Politik, Wirtschaft und Verwaltung wieder die gleichen Kräfte herrschen, die Deutschland zu den heutigen Zuständen geführt haben.“

Wenn noch ein Rest von wissenschaftlichem Sozialismus in der SPD-Führung vorhanden wäre, dann hätte sie erkennen müssen, daß die Verhinderung des Mitbestimmungsrechtes der Betriebsräte in Hessen und des Kohle-

Sozialisierungsgesetzes durch die Besatzungsmächte kapitalistischer Länder nicht zufällig ist. Daß diese Erkenntnis auch in der SPD dämmert, dürfte ja wohl aus der Feststellung Dr. Schumachers hervorgehen, daß die Art und Weise, in der die Währungsreform von den Angelsachsen durchgeführt worden sei, eine Parteinnahme zugunsten des Großbesitzes darstelle. Bei den Auseinandersetzungen der deutschen Kräfte über den Lastenausgleich, so sagt Schumacher weiter, hätten sich die großen Eigentümer und ihre politischen Beauftragten die Möglichkeit gegeben, ihr wirtschaftliches Übergewicht als politische Macht zur Geltung zu bringen. Man sieht also auch in der SPD, daß die wirtschaftlichen Beherrschter Deutschlands rücksichtslos ihre Macht zu politischen Zwecken ausnützen. Aber wie kann die SPD dann den Kampf gegen die Sozialisten in der KPD und SED führen, anstatt auch im Westen für die Entmachtung der Monopolherren und des Großgrundbesitzes zu kämpfen, wie dies im Osten — dies wird Herr Schumacher nicht bestreiten können — immerhin schon erfolgt ist?

Aber statt gegen die Feinde der Arbeiterbewegung zu kämpfen, kämpft man lieber gegen die Sozialisten, und Dr. Schumacher beklagt sich noch bitter darüber, daß die bürgerlichen Parteien „den Kampf gegen den Kommunismus den Sozialdemokraten allein überlassen“, was nebenbei gesagt, gar nicht zutreffend ist. Anstatt alle Bemühungen zu unterstützen, wieder zur Einheit, zu einem Friedensvertrag mit ganz Deutschland und zu dem darauf folgenden Abzug der Besatzungsmacht zu kommen, wie dies von den osteuropäischen Ländern gefordert wird, statt dessen verlangt die SPD-Führung ein Besatzungsstatut, das Dr. Schumacher sogar noch für dringender hält als die westdeutsche Verfassung; ein Besatzungsstatut, das die Besatzung verewigen würde, damit aber auch „die Hegemonie des deutschen Kapitalismus in Westdeutschland“, die angeblich, wie uns Dr. Schumacher treuherzig versichert, „auf die sozialdemokratische Gegnerschaft trifft.“

Unter der Fahne der „freien Wirtschaft“ sei die Anarchie der Beutemacher etabliert worden, sagt Schumacher, ohne freilich hinzuzusetzen, welchen Anteil die sozialdemokratischen Minister im Länderrat und die sozialdemokratische Koalitionspolitik überhaupt an dieser Entwicklung hatten. Wenn man um jeden Preis antikomunistische Politik betreibt, dann darf man sich nicht wundern, daß die Anarchie der Beutemacher das Ergebnis dieser Politik ist. Dann darf man sich nicht wundern, daß die Arbeitermassen, die jahrelang in der Sozialdemokratischen Partei ihre politische Heimat gesehen haben, von der Politik einer Partei enttäuscht werden, die sich als eine Partei ohne Programm und ohne Ziel erweist.

Große soziale Kämpfe stehen bevor, in denen es um die Existenz von Millionen von Werktätigen geht. Sie werfen ihren Schatten bereits auf den Parteitag der SPD voraus. Wir sind sicher, daß in diesen Kämpfen die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter gemeinsam mit ihren kommunistischen Kollegen kämpfen werden, auch gegen den Willen Dr. Schumachers. Denn nur diese geeinte Kraft vermag die Anarchie der Beutemacher zu überwinden und den Weg zum Sozialismus freizumachen, ohne den — auch nach den Worten Dr. Schumachers — keine Demokratie möglich ist.

10 000 t Roheisen aus der Sowjetunion

(PD) Mehr als 10 000 t Roheisen trafen in diesen Tagen als Teillieferung aus der Sowjetunion in Leipzig ein. Insgesamt sind im Augenblick 50 000 t Roheisen im Anrollen. Die Lieferungen von Roheisen aus der Sowjetunion und aus Polen haben im gleichen Verhältnis zugenommen, wie die Transporte aus den Westzonen ausblieben. Die SU hat im Juli mehr Roheisen geliefert, als während des ganzen ersten Halbjahres 1948.

Heimkehrer aus der Sowjetunion

(PD) Neun weitere Heimkehrertransporte mit insgesamt 6400 ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen trafen am 1.-16. September im Heimkehrerlager Gronenfelde bei Frankfurt a. d. O. ein.

Unterhaltung und Wissen

1933 — Dimitroff entlarvt die Antikommunistenhetze

Die Rede des Genossen Dimitroff vor dem Reichsgericht im Reichstagsbrandprozess ist auch heute noch, angesichts der gesteigerten Hetze gegen die Kommunistische Partei, von höchster aktueller Bedeutung.

Der Charakter dieses Prozesses wurde durch die These bestimmt, daß der Reichstagsbrand eine Sache der Kommunistischen Partei Deutschlands, ja sogar des Weltkommunismus gewesen ist. Dieser antikommunistische Akt, die Reichstagsbrandstiftung, wurde den Kommunisten in die Schuhe geschoben und zu einem Signal für den kommunistischen Aufstand erklärt, zu einem Fanal für die Aenderung der deutschen Verfassung. Mit Hilfe dieser These wurde dem ganzen Prozeß ein antikommunistischer Charakter gegeben. In der Anklageschrift heißt es: „Die Anklage steht deshalb ja auch auf dem Standpunkt, daß dieser verbrecherische Anschlag das Fanal, das Signal sein sollte für die Feinde des Staates, die nunmehr ihren Generalangriff gegen das Deutsche Reich eröffnen wollten, um das Deutsche Reich zu zertrümmern und an dessen Stelle die Diktatur des Proletariats, einen Sowjetstaat von Gnaden der III. Internationale, zu setzen.“

Meine Herren Richter! Nicht zum erstenmal wird ein solches Attentat den Kommunisten zugeschrieben. Ich kann hier nicht alle Beispiele dieser Art anführen. Ich erinnere an das Eisenbahnattentat hier in Deutschland bei Jüterbog, das von einem Psychopaten, einem Abenteurer, einem Provokateur begangen wurde. Damals wurde nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Wochen hindurch die Behauptung aufgestellt, das Attentat sei von der KPD begangen worden, sei ein terroristischer Akt von Kommunisten. Dann stellte sich heraus, daß der Psychopath und Abenteurer Matuschka der Täter war. Er wurde verhaftet und verurteilt.

Ich erinnere an ein anderes Beispiel — an die Ermordung des französischen Präsidenten durch Gorgulow. Auch damals wurde in allen Ländern Wochen hindurch die Behauptung aufgestellt, daß hier die kommunistische Hand im Spiel war. Gorgulow wurde als Kommunist, als Sowjetagent dargestellt.

Und was ergab sich? Das Attentat war von Weißgardisten organisiert worden und Gorgulow war ein Provokateur, der die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich zum Bruch bringen wollte.

Ich erinnere auch an das Attentat auf die Sofioter Kathedrale. Dieses Attentat wurde nicht von der Kommunistischen Partei Bulgariens organisiert. Aber die Kommunistische Partei

wurde dafür verfolgt. Zweitausend Arbeiter, Bauern und Intellektuelle sind bestialisch durch faschistische Banden ermordet worden unter dem Vorwand, daß die Kommunisten die Kathedrale gesprengt hätten. Diese Provokation mit der Sprengung der Sofioter Kathedrale wurde organisiert von der bulgarischen Polizei. Bereits 1920 hat der Sofioter Polizeipräsident Prutkin während des Eisenbahnerstreiks selbst Bombenattentate organisiert, als provokatorische Maßnahme gegen die bulgarischen Arbeiter.

Aus: G. Dimitroff: „Reichstagsbrandprozess“.

„Wir kommen wieder...!!!“

Ein Hörspiel, frei nach Frenzels Heini

Die Personen: Gauleiter, Sturmbannführer, Standartenführer, HJ-Gauleiter, NSFO (nationalsozialistische Führungs-offiziere), Gestapo-Beamte, Generale, Bankpräsidenten, Generalswitwen, Rüstungsmanager, Konzern-Verflechter, Freiherren, Freifrauen, Grafen, Barone und viele notorische Statisten der früheren nationalsozialistischen Wanderbühne, teils noch im Dienst, teils wieder im Dienst und teils außer Dienst.



Es ist abends 19 Uhr und 50 Minuten westorientierter Zeit. Fiebernd sitzen sie vor dem Rundfunkgerät. In Bremen, Hamburg, Essen, Hannover, Kassel, Stuttgart, Frankfurt, Dortmund usw. Da endlich ertönt die Stimme aus dem Lautsprecher, die Stimme jenes Mannes, der ihnen allabendlich über den Stuttgarter Sender „h o f f e n“ heißt.

„Wir kommen wieder...!!!“
Zündend fallen die Worte in die Gemüter und sie legen ihren Geist an die nationalsozialistische Hosennaht. Hoch schlagen die Flammen der nationalen Begeisterung und bauen Brücken von Stadt zu Stadt, von Gau zu Gau und von Mark zu Mark.

„Wir kommen wieder...!!!“
Ein gewaltig Lied braust in ihren Köpfen, rüttelt am nationalsozialistischen Gewissen und am Führer-Eid! Noch sind sie getrennt, noch singt jeder für sich und im Geist die alten Kampfwesen der Bewegung. In ihren Köpfen aber braust und jubiliert es.

„Wir kommen wieder...!!!“
Soweit der erste Akt. Die folgenden Aufzüge müßten uns eigentlich noch in Erinnerung sein, mit all ihren Aufmärschen und ostorientierten Massenkundgebungen. Sie spielen das Volk in eine Tragödie hinein, die von Akt zu Akt an Grausamkeit und Vertierung zunahm. Als dann am Ende der Vorhang, gleich einem Leichentuch sich über die Bühne legte, da war es uns doch, als riefen alle friedliebenden Menschen diesseits und jenseits nach der Sicherheit vor jedem nazistischen Ungeist und nach gerechter Sühne. Und nun kommen sie wieder???

Wer ist es denn, der einem Rundfunkkommentator erlaubt, solche Hoffnungen auszustreuen???

- seka -

Morgen

So oft die Sonne aufersteht, erneuert sich mein Hoffen und bleibt, bis sie untergeht, wie eine Blume offen; dann schlummert es ermattet im dunklen Schatten ein, doch eilig wacht es wieder auf mit ihrem ersten Schein.

Das ist die Kraft, die nimmer stirbt und immer wieder streitet, das gute Blut, das nie verdirbt, geheimnisvoll verbreitet! Solang noch Morgenwinde voran der Sonne wehen, wird nie der Freiheit Feuchterschar in Nacht und Schlaf vergehn!

Gottfried Keller (19. 7. 1819 — 16. 7. 1890)

Sie haben wohl Angst, Herr Ministerpräsident?

Dimitroff: Ich habe noch eine sachliche Frage zu stellen.

Präsident (noch schärfer): Ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

Göring (brüllt): Hinaus mit Ihnen, Sie Schuft!

Präsident (zu den Polizisten): Führt ihn hinaus!

Dimitroff (den die Polizisten bereits gepackt hatten): Sie haben wohl Angst vor meinen Fragen, Herr Ministerpräsident?

Göring (Dimitroff nachrufend): Warten Sie nur, bis wir Sie außerhalb der Rechtsmacht dieses Gerichtshofs haben werden! Sie Schuft, Sie!

Aus: G. Dimitroff: „Reichstagsbrandprozess“.

Im Kino



„Ist das nicht ein Traum von einem Abendessen, Franz?“
„Zugestanden, aber wenn wir nicht ins Kino gegangen wären, hätten wir uns dafür ein Abendessen erlauben können.“

Wir lieben die Freiheit, den Frieden, das Volk

Von Julius Fucik.

Der tschechische Dichter und Widerstandskämpfer, dessen „Reportage unter dem Strang geschrieben“, auch in Deutsch vorliegt, wurde am 8. September 1943 von den Nazis grausam ermordet. Das nachstehende, von glühender Leidenschaft erfüllte Bekenntnis eines Kommunisten, wurde in dem 1941 und 1942 illegal herausgegebenen Organ der tschechischen KP „Rudé Právo“ veröffentlicht.

Wir Kommunisten lieben das Leben. Deshalb scheuen wir zu keiner Stunde, unser eigenes Leben aufs Spiel zu setzen, damit wir den Weg zum Leben bahnen und frei machen einem wirklichen, freien, vollen und freudigen Leben, das dieses Namens wert ist. Ein Leben auf den Knien, in Ketten, Knechtschaft und Ausbeutung ist kein Leben, das ist menschenunwürdiges Vegetieren. Darf ein wahrer Mensch, ein Kommunist, sich mit solch einem Vegetieren zufrieden geben, darf er sich kleingläubig den Sklavenhaltern und Ausbeutern unterordnen? Niemals! Deshalb schonen die Kommunisten ihre Kräfte nicht und bringen Opfer im Kampf für ein wirkliches, in der Tat menschliches Leben.

Wir Kommunisten lieben den Menschen. Nichts Menschliches ist uns fremd, wir kennen den Wert auch der kleinsten menschlichen Freuden und haben an ihnen unser Vergnügen. Und eben deshalb zögern wir nicht, zu jeder Stunde unsere engen persönlichen Interessen zu opfern, damit wir dem wirklichen, freien, gesunden, freudigen Menschen Platz machen in der Sonne, der nicht den Schrecken des anarchistischen

Systems der Ausbeutung zum Freiwild überlassen wird, mögen es Schrecken des Krieges oder Arbeitslosigkeit sein. Eine Ordnung, in der Gewinn, Gewinn und nochmals Gewinn das Hauptmotto des menschlichen Handelns ausmacht, eine Ordnung, die die Beziehungen zwischen den Menschen durch Beziehungen von Geld ersetzt hat und in der das Geld größeren Wert hat als irgendein Mensch, so eine Ordnung ist keine menschliche Ordnung. Darf ein Mensch, der den Menschen liebt, darf ein Kommunist untätig zuschauen, wie die Menschen ihrer menschlichen Würde beraubt werden, darf er der Not und dem Leid von Millionen seiner Brüder den Rücken wenden? Niemals! Deshalb schonen die Kommunisten ihre Kräfte nicht und bringen das Opfer im Kampf für einen ganzen, freien, in der Tat menschlichen Menschen.

Wir Kommunisten lieben die Freiheit. Und deshalb zögern wir keinen Augenblick, uns freiwillig der strengsten Disziplin unserer Partei, der militärischen Disziplin der Armee des Genossen Lenin, zu unterwerfen, damit wir die wirkliche, breiteste, einzigste Freiheit erreichen, die diesen Namen verdient: Freiheit für die ganze Menschheit. Die Freiheit einzelner Individuen; die „Freiheit“ des Raubes für die einen und die „Freiheit“ des Hungers zu sterben für die anderen — das ist keine Freiheit. Im Gegenteil, das ist die Knechtschaft aller. Darf sich der Kommunist mit solch einem Stand der Din-

ge zufrieden geben, darf er sich zufriedenstellen mit der persönlichen Idylle so einer „Freiheit“? Niemals! Deshalb schonen die Kommunisten ihre Kräfte nicht und bringen Opfer im Kampf für eine wirkliche Freiheit, eine immer größere Freiheit, eine Freiheit für alle.

Wir Kommunisten lieben die schöpferische Arbeit, den Schaffensdrang, der die Zukunft der Menschheit formt. Deshalb zögern wir keinen Augenblick, all das zu stürzen, was sich den großartigen schöpferischen Kräften des Menschen in den Weg stellt. Tausende, Hunderttausende von Talenten, die die menschliche Kultur vermehren, die menschliche Organisation vervollkommen, die menschliche Technik zu ungeahnter Blüte bringen könnten. Tausende, Hunderttausende solcher Talente liegen jetzt brach, Millionen und aber Millionen fleißiger und geschickter Hände, die der Menschheit Ueberfluß in allem schenken könnten, was sie braucht, Millionen und aber Millionen solcher Hände sind gezwungen, in immer öfter auftretenden Krisenzeiten untätig zu ruhen. Darf der Kommunist den schrecklichen Schaden nicht sehen, der dadurch der menschlichen Gesellschaft zugefügt wird? Nein, er darf es nicht! Deshalb schonen die Kommunisten ihre Kräfte nicht und bringen Opfer im Kampf für die Verwirklichung einer Ordnung, in der alle schöpferischen Kräfte der Menschheit und eines jeden Menschen in ihr zur Geltung kommen und völlig entwickelt werden.

Wir Kommunisten lieben den Frieden. Und deshalb kämpfen wir gegen alle Ursachen des Krieges, wir kämpfen für eine Einrichtung der Welt, in der niemals mehr ein Verbrecher erstehen

könnte, der im Interesse einiger Einzelpersonen Hunderte von Millionen in den Tod, in die Schrecken des Kriegswütens und der Vernichtung der Werte, die für das Leben nötig sind, schickt. Es gibt und es kann keinen Frieden geben, wo der Mensch um jedes Brot mit dem Menschen kämpfen muß. Deshalb schonen die Kommunisten ihre Kräfte nicht und bringen Opfer im Kampf für den wirklichen, endgültigen Frieden, für einen Frieden, der durch neue Organisation der ganzen menschlichen Gesellschaft gesichert ist.

Wir Kommunisten lieben das Volk. Denn es kann keine freie Menschheit geben, es kann kein freies Aufblühen aller schöpferischen menschlichen Kräfte geben, es kann keinen endgültigen, gesicherten Frieden geben, wenn auch nur ein einziges Volk von einem anderen unterdrückt wird. Und keins von unseren großen Idealen können wir uns wollen wir anders verwirklichen, als in den Lebensformen unseres eigenen Volkes, weil sie anders auch nicht zur Wirklichkeit werden könnten. Wir lieben unser Volk mit der Liebe seiner aufrichtigen Söhne. Deshalb sind wir stolz auf alles, wodurch sie zum Aufblühen und Ruhm der ganzen Menschheit und so auch zur eigenen Blüte und zum Ruhm beigetragen hat und beiträgt, deshalb vernichten wir alles, was es verunstaltet, was aus ihm feist werden will, was an ihm schmarotzt, was es schwächt. Wir lieben unser Volk. Deshalb schonen wir unsere Kräfte nicht im Kampf für die vollkommene Befreiung unseres Volkes, damit es als gleich unter den gleichen, frei unter den freien Völkern der Welt leben kann...

Woher kommt das „Schwarz“-Fleisch?

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns zum Mannheimer Fleischproblem noch geschrieben:

Wer Geld genug hat — und es gibt schon wieder eine Menge Leute, die welches haben — kann auf dem Schwarzen Markt Fleisch ohne Marken kaufen, kann sich in Hotels und Speisewirtschaften opulente Fleischgerichte servieren lassen, ganz wie in normalsten Zeiten. „Nur“, die Preise sind eben den Einkünften jener Kreise angeglichen, die sich noch niemals die Hände mit ehrlicher Arbeit beschmutzt haben. Wenn sich darüber der Obermeister der Mannheimer Metzgerinnung, Herr Selzer, in der Nummer des „Mannheimer Morgen“ vom 28. August in einem Artikel „Das Fleisch ist willig, aber der Geist ist schwarz“ beschwert, pflichten wir ihm restlos bei.

Wenn er aber auf der Suche nach den Schuldigen unter anderen auch die Mannheimer Freibankverkaufsstellen verzeichnet, müssen wir doch ein klein wenig widersprechen. Denn Herr Selzer schlußfolgert, daß der schwarze Fleischmarkt deshalb blühe, weil die Freibankverkaufsstellen so großzügig mit Fleisch beliefert würden, daß es in die schwarzen Kanäle geleitet werden müsse. Die Einwohner der Stadtteile auf dem rechten Neckarufer müssen diese „Feststellung“ des Herrn Obermeister Selzer als Hohn empfinden, denn diese gehen bei der Fleischabgabe oftmals leer aus, oder mit einer geringeren Menge als aufgerufen. Nicht weil das Fleisch verschoben wird, sondern weil die Zuteilungen für die Neckarstadtverkaufsstelle zu gering sind. Ob hier Gründe vorliegen, die zur Verdächtigung des Landesernährungsamts berechtigen, müssen wir noch klären.

Das eine aber steht fest: Der Inhaber der Verkaufsstelle Oststadt hat noch große Mengen Freibankfleisch im Kühlhaus eingelagert. Wenn er dazu noch die gleichen oder gar größere Zuteilungen vom LEA Karlsruhe, Abteilung Vieh und Fleisch, erhält, können wir begreifen, daß er große Inserate im „MM“ bringen muß, um seine Bestände loszuwerden. Die Neckarstadt-Verkaufsstelle braucht nicht zu inserieren, denn die Vorräte reichen meist nicht aus. Indessen, wir sind dem Herrn Obermeister zu Dank verpflichtet, wenn er uns auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür gibt, daß der Schwarze Markt von den Freibankstellen beliefert wird. Wir werden dann schon für Abhilfe sorgen. ko.

In Frankreich wird überall gestreikt

Paris. (dpd) In ganz Frankreich brechen fortgesetzt weitere Streiks aus. Hauptzentren dieser Bewegung sind die Bergbaugelände in Nordfrankreich und im Pas de Calais und die Schwerindustriegebiete um Paris. Unter den Streikbewegungen ist die bedeutendste die der Metallarbeiter des Seine-Bekens.

Der Streik in den Pariser Reynauld-Werken und die Arbeitseinstellung beim gesamten Bodenpersonal der französischen Luftverkehrsgesellschaft „Air France“ sind Höhepunkte der gesamten französischen Lohnstreikbewegung. — In Lyon streiken seit Mittwoch mehrere tausend Metall- und Eisenarbeiter. — Auf den Marinewerften von Brest sind etwa 6000 Arbeiter seit Mittwoch im Ausstand. — 25 000 Grubenarbeiter in Lothringen wollen die Arbeit niederlegen. — Die Metallarbeiter im Seine-Departement streiken von Donnerstag bis Freitag. — In Marseille riefen die Lastkraftwagenfahrer der öffentlichen Dienste zu einem 24stündigen Streik am Donnerstag auf. — Gegen die 45prozentige Erhöhung des Brotpreises protestierten 4000 Streikende, Arbeiter des Militärarsenals in Trarbes, denen sich die Arbeiter anderer Werke anschlossen.

Parteitag ohne Arbeiter

„In dem weiten Rund des Düsseldorfer Planetariums aber war der typische Proletarier kaum vertreten. Angestellte und Beamte waren unter den Delegierten die wichtigste Berufsgruppe. Ihr Anteil war in den einzelnen Bezirken verschieden, er steigt gelegentlich bis auf 50 v. H. Unter den Delegierten der kleineren Bezirke befand sich bisweilen ein oder manchmal kein Arbeiter.“ „Die Welt“, 16. 9. 48.

Unternehmerwillkür in den Knäcke Brotwerken

52 Pfennig Stundenlohn und 60-Stundenwoche
Gewerkschaften unerwünscht

EB — In neuerrichteten Unternehmen wird immer wieder versucht, sich eine gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft vom Halse zu halten. Mit Vorliebe werden in solchen Betrieben Neubürger eingestellt, bei denen man annimmt, daß sie mit den schlechtesten Löhnen und Arbeitsbedingungen Vorlieb nehmen. Die Karlsruher Knäcke Brotwerke und ihr Chef Ried sind hierfür ein trauriges Musterbeispiel. Bei der Einstellung wurde den Leuten gesagt, daß vorläufig keine Tariflöhne bezahlt werden können, da sich der Betrieb im Aufbau befindet. Mit sogenannter „Lebensstellung“ wurde der vorenthaltene Lohn schmackhafter gemacht. Frauen und Mädchen erhalten einen Stundenlohn von 52 Pfennig. Ohne Befragen der Belegschaft wurde die 60-Stundenwoche eingeführt und Überstundenzuschläge erst von der einundsechzigsten Stunde an bezahlt. Das Unternehmen baut auf und ein nicht unbedeutlicher Teil der Investitionen wird auf diese Weise den Arbeitnehmern herausgepreßt. Daß man bei einer solchen Geschäftspraxis weder Betriebsrat noch Gewerkschaftsmitglieder im Betrieb haben

möchte, ist verständlich. Zwei Arbeiter, die man im Verdacht hatte, daß sie die Arbeitskollegen aufklären und für die Gewerkschaft gewinnen wollten, wurden kurzerhand unter falschem Vorwand fristlos entlassen.

Auch die hygienischen Verhältnisse lassen mehr als zu wünschen übrig. Ueber hundert Frauen und Mädchen sollen sich in einem Kellerraum umkleiden, der viel zu klein ist und nicht einmal die primitivsten Voraussetzungen für diesen Zweck erfüllt. Frauen und Mädchen müssen ihre Kleider und das Essen in Kisten aufbewahren, die so nebenbei zur Verpackung des Knäckebrots dienen. Die 130 Arbeiter und Arbeiterinnen beginnen sich jetzt zu wehren, trotz dem ständigen Druck und den Schikanen der Betriebsleitung. Es ist auch höchste Zeit, daß hier Wandel geschaffen und die Wahl des Betriebsrates schnellstens nachgeholt wird. Die vielen Neubürger im Betrieb werden rasch erkennen, daß sie, gewerkschaftlich organisiert, der Unternehmerwillkür erfolgreich Widerstand leisten können und die Firma zwingen, tariflich eLöhne und anständige Arbeitsbedingungen zu gewähren.

Wer begünstigte die Flucht des SS-Führers

Billige Autos für CDU-Leute

(EB) In der Nacht zum 28. Juli 1928 ist der ehemalige SS-Obersturmbannführer Skorzeny aus dem Internierungslager Darmstadt entflohen. In einem offenen Brief an den hessischen Befreiungsminister führt der kommunistische Landtagsabgeordnete Keil nunmehr einige Tatsachen an, die darauf schließen lassen, daß die Dienststelle des Befreiungsministeriums eine Frau, die bei der Vorbereitung und Ausführung der Flucht maßgebend beteiligt war, begünstigt hat.

Herr Befreiungsminister, so heißt es in dem Schreiben wörtlich, wenn Sie sich nicht der Mitwisserschaft verdächtig machen wollen, ist es dringend erforderlich, in aller Öffentlichkeit zu diesen Feststellungen Stellung zu nehmen.

Da ich gerade dabei bin, Sie, Herr Minister, um einige Antworten zu bitten, erlauben Sie mir, zu fragen:

Stimmt es, daß in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1948, also an dem bekannten „Tag X“ aus dem Lager Darmstadt 5 (fünf) neu aufgearbeitete PKW zum festgestellten Preise von 22 000 RM an einige führende hessische CDU-Politiker „abhanden gekommen“ sind? War mit diesem „zu-

fülligen“ Abgang der PKW beabsichtigt, das Altgeld einiger Leute noch wertbeständig anlegen zu lassen? Sollten Sie, Herr Minister, wie so oft, von diesen Vorgängen auch keine Ahnung haben, würde ich Ihnen empfehlen, sich an den Ihnen nicht ganz unbekanntem Herrn Oberregierungsrat Hill zu wenden, der in der Lage sein soll, über die Käufer nähere Auskunft zu geben.

Herr Befreiungsminister, ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie der Öffentlichkeit Aufschluß geben wollten über diese an mich herangetragenen Vorfälle in Ihrem Dienstbereich, um so Ihrem ramponierten Ministerium doch noch einen erträglichen Abgang zu verschaffen. Zusammen mit meinen Freunden bedaure ich es außerordentlich, daß Sie, Herr Minister, durch Schweigen und Gewährerlauben in den vergangenen Jahren erlaubt haben, daß Ihr Name und der Name Ihrer Partei zur Deckung derartiger Machenschaften von Schiebern und Nazifreunden benutzt werden konnte.

Landtagsabgeordneter Ludwig Keil, Darmstadt.

Politik mit der Not

SPD-Funktionäre sabotieren Hilfe für Ludwigshafen

(EB) Ein trauriges Beispiel dafür, daß man in den Kreisen der Schumacher-Clique trotz allen Hilfeschreies für die Berliner Kinder nicht davor zurückschreckt, die notleidenden Kinder der Ludwigshafener Explosionskatastrophe zu Opfern einer demagogischen Spaltungstaktik zu machen, zeigt das Schicksal, das dem großzügigen Angebot demokratischer Organisationen der Ostzone unter Führung von Volkssolidarität und FDJ zuteil wurde. Diese leiteten unmittelbar nach der Explosionskatastrophe umfassende Hilfsaktionen in die Wege. Daß beträchtliche D-Mark-Spenden von dort her kamen, konnte selbst die Lizenzpresse nicht verschweigen. Aber man wollte noch mehr tun und 2000 Kindern und 200 verletzten Jugendlichen aus Ludwigshafen einen vierwöchentlichen Erholungsurlaub in Heimen und Heilanstalten der Ostzone ermöglichen. Reaktionen Kreise verbreiteten indes wüste Hetzparolen. Das von dem sozialdemokratischen Oberregierungsrat Profit geleitete Hilfskomitee stand dem Angebot der Ostzone ablehnend gegenüber. Die politische Verhetzung ging soweit, daß man allen Ernstes Gerüchte über eine angeblich geplante Verschleppung der Kinder nach Sibirien als Argument vorbrachte.

Die deutschen Spalter und Hetzer gegen die Ostzone, die sich hinter der Militärregierung verstecken wollten, hatten sich verrechnet. Die französische Militärregierung gab die Einwilligung zur Ausreise, sehr zum Aerger derjenigen, welche die Hilfe der Ost-

zone im Interesse ihrer Demagogie verhindern wollten.

Ohne amtliche Unterstützung schuf nun in kürzester Zeit die FDJ Rheinland-Pfalz die erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen. Selbst bürgerliche Vertreter im Ludwigshafener Hilfskomitee zeigten ihre Abneigung, den schändlichen Mißbrauch der Not der Kinder weiter mitzumachen. Aber hinter den Kulissen suchte man weiter verzweifelt nach einem plausiblen Grund für die Ablehnung des Hilfsangebots der Ostzone. Am 31. August war man endlich so weit, daß man einen Bescheid nach Berlin geben konnte. Er war — negativ, und basierte auf der verlogenen Begründung, es ständen mehr Erholungsplätze zur Verfügung als benötigt, obwohl kurz zuvor die Einreise von 1000 Kindern ins Saargebiet abgelehnt wurde.

Die Hintergründe der skandalösen Ablehnung der Hilfe der Ostzone werden klar, wenn man erfährt, daß einer der mächtigsten Männer von Ludwigshafen, der Bürgermeister, Betriebsratsvorsitzender der Badischen Anilinwerke und Mitglied des Parteivorstandes der SPD, Lorenz, nach der Abreise der Vertreterin der „Volkssolidarität“ nichts eiliges zu tun hatte, als nach Hannover, zum Sitz der Schumacher-Clique, zu reisen, um die „Gefahr“ des Gelingens der Aktion im letzten Moment abzuwenden. Für die Hetzer gegen die Einheit Deutschlands und gegen die Ostzone wäre es ja nicht auszudenken, wenn 2000 junge Menschen die Möglichkeit erhalten wür-

den, sich mit eigenen Augen von der Haltlosigkeit der Hetze gegen die Ostzone zu überzeugen, mit der West- und Süddeutschland überschwemmt werden. Man fand den „Ausweg“, den Ministerrat (I) von Rheinland-Pfalz beschließen zu lassen, die Hilfe der Ostzone werde nicht benötigt.

Nun, die Ludwigshafener Werkstätten, denen in ihrer durch die Explosionskatastrophe entstandenen Not nur völlig unzulänglich geholfen wird, werden wissen, was sie von den Verantwortlichen für die Sabotage der großzügigen Hilfsaktion der Ostzone zu halten haben.

Schwarzes Schaf bei der Kripo

Vom Mannheimer Landgericht wurde ein Kriminalbeamter, Heinrich Fischer aus Mannheim, Langstraße, zu 3 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte mit anderen Gaunern zusammen unter Ausnutzung seiner Stellung als Kriminalbeamter üble Geschäfte gedreht. Beschlagnahmen bei Schwarzhändlern für die eigene Tasche und dergleichen mehr.

Während der Gerichtsverhandlung fiel der Angeklagte durch sein verstocktes Wesen besonders unangenehm auf, so daß es selbst der verteidigende Rechtsanwalt nicht mit seiner Ehre als Anwalt glaubte vereinen zu können, die Verteidigung weiterzuführen. Er legte dieselbe nieder und ein Pflichtverteidiger mußte einspringen, damit die Verhandlung zu Ende geführt werden konnte.

Wir hätten keine besondere Veranlassung gehabt, den Fall aufzugreifen, wenn nicht dieser Kriminalbeamte schon bei früherer Gelegenheit einmal sehr unangenehm aufgefallen wäre. Die Art und Weise, wie damals der Oberstaatsanwalt reagiert hat, wirft ein bezeichnendes Licht auf unsere heutigen Verhältnisse.

Anfangs dieses Jahres suchte unsere Redaktion einen Bewohner der Langstraße auf; sein angeschwollenes Auge und sonstige Anzeichen deuteten auf körperliche Mißhandlungen. Der Attentäter war der jetzt verurteilte Kriminalbeamte. Die Staatsanwaltschaft leitete damals eine Untersuchung ein und diese Untersuchung verlief ergebnislos, d. h. das Verfahren wurde eingestellt. Im Einstellungsbescheid wurde besonders betont, daß es sich bei Fischer um einen Beamten handelt, über den nichts Nachteiliges bekannt war. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß damals die Untersuchung nicht mit der notwendigen Gründlichkeit geführt worden ist, sonst wäre man vielleicht zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Aber es handelte sich um einen Kriminalbeamten, und es könnte der Eindruck entstehen, daß man hier beide Augen zugedrückt hat, weil es sich um einen Hüter des Gesetzes handelt. Wir meinen, daß gerade in solchen Fällen eine besonders eingehende und vorurteilslose Untersuchung notwendig ist, wenn das Ansehen der Kriminalpolizei nicht leiden und die Bevölkerung gegen unlautere Elemente, die in solchen Stellen Eingang gefunden haben, vor Übergriffen geschützt werden soll.

Sie wollen keine Einigung

(DPD) Die SPD und die CDU wünschen keine Einigung der vier Großmächte, da sie dann ihre Weststaatspläne fallen lassen müßten, erklärte der erste Vorsitzende der KPD, Max Reimann, am Sonntag auf einer Kundgebung in Düsseldorfs Planetarium. Reimann beschuldigte die SPD des Separatismus.

Die Preisentwicklung nach der Währungsreform sei eine Folge der Erhard-Politik, der auch die SPD zugestimmt habe. Die Preiserhöhungen müßten mit automatischen Lohnerhöhungen beantwortet werden, für die die Gewerkschaften mit allen Mitteln, einschließlich des Streiks, kämpfen müßten. Das Volk in Westdeutschland stehe heute bereits wieder an der Schwelle einer Inflation.

Die Brückenbauer

„Muß aber der weitschauende Politiker nicht in Betracht ziehen, daß schon bald eine deutsche Regierung zu bilden sein wird, und daß dies wahrscheinlich nur möglich ist, wenn SPD und CDU sich zusammenfinden? Bei aller Kritik müßten also Brücken bestehen bleiben. Ja, noch mehr: es müßten Brücken gebaut werden. Eine Parteipolitik, die nur den eigenen Weg sieht, wäre gerade für die deutsche Situation von heute nicht ungefährlich.“ „Die Welt“

Freie Fahrt auf der Donau

Der sowjetische Entwurf einer neuen Donau-Konvention, nach der nur die Anliegerstaaten der Donau auf der Basis der völligen Gleichberechtigung in der neuen Donau-Kommission vertreten sein werden, während alle Ansprüche auf Sonderrechte der Westmächte erlöschen, dagegen aber internationale Gleichberechtigung aller Staaten an der Donau-Schiffahrt garantiert wird, wurde mit den Stimmen der Anliegerstaaten einschließlich der Sowjetunion gegen die Stimme der USA angenommen. Frankreich und Großbritannien nahmen an der Abstimmung teil.

Die Westmächte waren dauernd bestrebt, die Prinzipien der Donau-Konvention von 1921 aufrechtzuerhalten, die ihnen eine bevorrechtete Stellung in der Donauschiffahrt garantiert hat. Die Bevorrechtung (vor allem Englands und Frankreichs) war durch einige Artikel gegeben, die u. a. vorsehen, daß die Kriegsschiffe dieser Mächte die Donau-Mündung bis Galatz befahren, d. h. unter Umständen auch blockieren könnten. Weiter war es den Donaustaaten untersagt, an den Donau-Ufern, also auf ihrem eigenen Gebiet, irgendwelche Hafen- und Wasserwerksanlagen zu errichten, wenn sie nicht die Zustimmung der Donau-Kommission besaßen. Zum „Donau-System“ gehörten nach der alten Konvention aber auch einige Nebenflüsse, die den gleichen Bedingungen unterlagen, so daß von den Großmächten jederzeit mit den Bestimmungen der Donau-Konvention wirtschaftlicher und politischer Kuhhandel getrieben werden konnte.

Durch die neue Konvention erhalten die Stromverwaltungen weitgehende autonome Rechte, so daß im Unterschied zur alten Konvention die Ausführung der notwendigen Arbeiten wirklich gewährleistet ist. Alle Ansprüche aus Krediten und alle Sonderrechte erlöschen, so u. a. die bisher unbegrenzte Möglichkeit für die Westmächte, Freihäfen oder Freizonen an der Donau zu errichten. Allen Handelsschiffen, Waren, Personen aller Staaten ist das Befahren der Donau auf der Basis der Gleichberechtigung gestattet. Ueber Einschränkung des Handels können die Westmächte also keineswegs klagen. Sie müßten auch damit zufrieden sein, daß für den Transitverkehr von Schiffen, Waren und Passagieren künftig keine Gebühren erhoben werden und daß die für den übrigen Verkehr erhobenen Gebühren keinen Gewinn abwerfen dürfen.

Die neue Konvention beruht — wie Wyschinski sagte — „auf der Achtung der souveränen Rechte der Donau-Staaten und -Völker, auf der Beseitigung der privilegierten Lage von Nichtdonaustaaten auf der Donau, auf der Beseitigung jedweder politischer und wirtschaftlicher Kontrolle dieser Staaten auf der Donau, und über die Donau-Staaten. — Die von der Sowjetunion vorgeschlagene Konvention wird der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Verbindungen der Donauländer untereinander und mit anderen Ländern den Weg erschließen.

Auch für Deutschland hat die neue Konvention Bedeutung, weil der billige Verkehrsweg der Donau für den deutschen Außenhandel wieder hohe Bedeutung gewinnen wird, denn die Stagnation der deutschen Wirtschaft wird genau so wenig wie ihre politische Ursache aufrecht erhalten werden können.

Bereits vor dem Kriege wurde der deutsche Handelsverkehr mit dem Südosten weitgehend über die deutschen Donau-Häfen Regensburg und Passau abgewickelt. Im Jahre 1937 wurden nach den Südost-Ländern 470 000 t Güter auf der Donau versandt, während aus diesen Staaten eine Million Tonnen Güter kamen. Geradezu winzig erscheinen demgegenüber die Zahlen



des Jahres 1947, in dem insgesamt nur 90 181 t befördert wurden. Die Ursache dafür ist, daß die USA, die gegenwärtig die Donau-Häfen besetzt halten, kein Interesse an der Ausweitung des deutschen Handelsverkehrs mit den Volksdemokratien des Südostens haben, da sie nicht zum sogenannten „Dollar-Gebiet“ gehören.

Gerade der deutsche Teil der Donau bildet das natürliche Bindeglied im Handelsverkehr zwischen Nordsee,

Mittelmeer und Schwarzem Meer über Rhein, Rhone und Donau. Der im Bau befindliche Rhein-Main-Donau-Kanal wird mit einer Länge von insgesamt 662 km von Aschaffenburg a. M. bis Passau a. d. Donau einen durchgehenden Güterverkehr von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer ermöglichen.

Der Verkehrsverbindung zwischen West- und Südosteuropa soll der Rhein-Neckar-Donau-Kanal dienen. Er soll von Mannheim über Stuttgart nach Ulm a. d. Donau führen und insgesamt 262 km lang sein. 113 km dieser Strecke sind bereits fertiggestellt — von Mannheim bis Heilbronn am Neckar — 80 km sind im Bau fortgeschritten. Nach der restlosen Fertigstellung wird es möglich sein, jährlich etwa 4,8 Millionen Tonnen Güter von der Donau zum Rhein und umgekehrt bei einer Fahrtdauer von 14 Stunden zu befördern.

Besondere Bedeutung für den Handelsverkehr der Ostzone mit den Staaten Südosteuropas wird der Oder-Donau-Kanal haben, dessen Bau geplant ist. Er soll das Schwarze Meer direkt mit der Ostsee verbinden und eine Gesamtlänge von 300 km haben. Durch diese Wasserstraße wird die schnelle und billige Verbindung der ostdeutschen, tschechischen und polnischen Industriezentren mit dem Südosten geschaffen werden.

Beinahe unglaublich

Gerüchte sind gegenwärtig wahrhaftig keine Mangelware, aber wohl das tollste Stück auf diesem Gebiet hat sich jüngst in Bielefeld zugetragen. Es gab eine gewaltige Aufregung, als im amtlichen Mitteilungsblatt des Stadt- und Landkreises Bielefeld vom 16. Juli folgende Bekanntmachung des Oberbürgermeisters erschien:

„Die Russen in Hannover“

1. Laut Radiomeldungen haben die Russen ganz Berlin besetzt und die Alliierten sind somit gezwungen, Berlin zu verlassen.
2. Die britischen Flugzeuge bringen nicht Verpflegung nach Berlin, sondern haben Waffen und Munition an Bord.
3. Die Russen stehen bereits in Hannover.

Diesen drei am 14. 7. in Bielefeld amtlich festgestellten Gerüchten fügte ich als letzte Nachricht hinzu: Bei Redaktionsschluss des Amtlichen Mitteilungsblattes erfolgten die Kapitulationsverhandlungen betreffs Übergabe der Stadt zwischen dem russischen Ge-

neral X. und mir in meinem Arbeitszimmer.

Mit dieser — nicht sehr glücklich formulierten — Bekanntmachung des Bürgermeisters sollte den sinnlosen Gerüchten begegnet werden. Die Folge aber war eine wahre Panik. Viele packten ihre Koffer und eilten zur Bahn. Die Gemüter beruhigten sich erst wieder, als die örtliche Zeitung in einem Extrablatt die Sache dementierte.

Diese lachhafte Geschichte hat eine sehr ernsthafte Seite. Was muß im Westen über die Verhältnisse in der Ostzone und die Sowjetunion zusammengelogen werden, wenn ein derartiges Gerücht die Bewohner einer ganzen Stadt in Angst und Schrecken versetzt. Diese Angstpsychose wird bewußt erzeugt von den Kriegstreibern der Wallstreet und ihren deutschen Handlangern. Man will auf diese Weise bei der Bevölkerung der Westzonen die innere Bereitschaft herstellen, sich in einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion als Kanonenfutter hetzen zu lassen.



Um die Einheit der VVN

Auerbach zur Frage VVN-SPD
München. Staatskommissar Dr. Phil. Auerbach erklärte am Samstag, der Beschluß des Düsseldorfer SPD-Parteitages, wonach die weitere Mitgliedschaft in der SPD nicht mit der in der VVN vereinbar ist, sei auch für ihn „in jeder Weise bindend“. Eine Erklärung über sein weiteres Verbleiben in der VVN könne er erst nach einer für die kommende Woche einberufenen VVN-Vorstandssitzung abgeben.

VVN Bayern gegen SPD-Beschlüsse
München. Der Landesvorsitzende der VVN in Bayern, Dr. Schmitt, erklärte in einem Aufruf, der Beschluß des SPD-Parteitages in Düsseldorf, nach dem bekanntlich eine gleichzeitige Zugehörigkeit zur SPD und der VVN unvereinbar sein soll, könne für die bayrische VVN keine Gültigkeit haben. VVN-Angehörige würden durch diesen Beschluß vor eine Entscheidung gestellt, die „in einer wahren Demokratie allein dem Gewissen des einzelnen vorbehalten sei, nicht aber einer Parteilmaschine“.

VVN Württemberg-Baden weist Vorwürfe zurück

Stuttgart. (Dena). Die VVN in Württemberg-Baden weist in einer Erklärung vom Samstag den Vorwurf zurück, eine kommunistische Organisation zu sein und meint, alle Kritiker seien bisher den Beweis für diese Behauptung schuldig geblieben. Von den 17 Mitgliedern des Landesvorstandes gehörten fünf der SPD, sieben der KPD und einer der LDP an, vier seien parteilos.

Der Landesvorstand bedauert den Entschluß des SPD-Parteitages, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei vor die Alternative SPD oder VVN zu stellen.

Die schwere Last

Der amerikanische Reaktionär trägt eine schwere Last. Er muß die Reaktionäre der ganzen Welt aufrechterhalten. Und wenn er sie nicht aufrechterhalten kann, wird das Haus einstürzen. Es ist ein Haus mit einer Säule. Mao Tse Tung, Führer der chinesischen Kommunisten in einer Rede.

Glaubt an die geeinte Kraft!

Kommt heraus aus euren Trümmern,
Kriecht hervor aus eurer Not!
Erst wenn wir uns selbst drum kümmern,
Wächst im Frieden unser Brot.
Vorwärts.....

Doch wir sind noch lang nicht alle,
Viele sind noch nicht bereit.
Und wir können nur gewinnen
Wenn wir einig sind im Streit.
Vorwärts.....

Darum, Freunde aller Zonen,
Glaubt an die geeinte Kraft;
Denn viel stärker als Kanonen
Ist der Geist, der Leben schafft.

Vorwärts und nicht vergessen,
Und die Frage konkret gestellt.
Vorwärts — nicht vergessen
Wessen Straße — ist die Straße!
Wessen Welt — ist die Welt!

Bert Brecht

Die Grundlagen des Marxismus

In einer Reihe von Beiträgen, die von Dozenten und Studenten der Partei-Hochschule „Karl Marx“ geschrieben wurden und die wir veröffentlichen wollen, werden die Grundlagen des Marxismus abgehandelt. Die Autoren hatten die Aufgabe, die Beiträge so konzentriert wie möglich abzufassen, trotzdem aber die schwierige Materie in einer leicht verständlichen Form darzustellen. Wir empfehlen unseren Lesern, die unter dieser Spitzmarke erscheinenden Beiträge auszuschneiden und zu sammeln.

I. Produktivkräfte, Produktionsmittel, Produktionsverhältnisse

Die Natur und die Arbeit sind die beiden Quellen des materiellen Reichtums der menschlichen Gesellschaft. Durch die Arbeit löst sich der Mensch von den Fesseln der Natur und ergänzt und verändert sie. Mit der Veränderung der Natur verändert der Mensch auch sich selbst.

Der Zweck der Arbeit ist, die durch die Natur hervorgebrachten Produkte

der Bedürfnisbefriedigung nutzbar zu machen. Diese Arbeit besteht bei den Menschen der Urzeit zunächst im Sammeln und Jagen. Indem der Mensch die Naturprodukte bearbeitet, sie verändert und die Quellen der Natur zu raschem Fließen bringt, wird die Arbeit zur Produktion. Zur Produktion gehören 1. die menschliche Arbeitskraft, 2. die Arbeitsmittel, auch Produktionsinstrumente genannt, also Werkzeuge, tierische Arbeitskräfte und Maschinen und 3. die Arbeitsgegenstände, das sind die Rohstoffe und Halbfabrikate. Produktionsinstrumente und Arbeitsgegenstände faßt man unter dem Begriff Produktionsmittel zusammen. Die menschliche Arbeitskraft mit ihrer Erfahrung und Geschicklichkeit und die Produktionsinstrumente sind die Produktivkräfte. Sofern die Naturkräfte mit ihren physischen, chemischen und elektrischen Eigenschaften als Produktionsinstrumente dienen, wirken sie als Produktivkräfte, sofern schließlich auch die Ar-

beitsgegenstände mit den gleichen Eigenschaften bei der Produktion beteiligt sind, sind sie als Produktivkräfte. Die Produktion ist die zweckmäßige Anwendung der Produktivkräfte zur beabsichtigten Veränderung der Arbeitsgegenstände. Das Ergebnis der Produktion ist das Produkt.

Die Menschen leben von Anbeginn in gesellschaftlicher Organisation. Die Grundlage dieser Organisation sind die Beziehungen der Menschen in der Produktion ihrer materiellen Bedürfnisgüter, die Gesamtheit der Beziehungen dieser Menschen sind die Produktionsverhältnisse; ihre rechtliche Ausdrucksform sind die Eigentumsverhältnisse. Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse ergeben zusammen die Produktionsweise.

Der bestimmende Faktor sind die Produktivkräfte. Von ihrem Entwicklungsstand hängt die Art der Produktionsverhältnisse ab. Die Geschichte kennt bisher 5 Wirtschaftsformen: Urkommunismus, Sklavenwirtschaft, Feudalismus, Kapitalismus und Sozialismus. Die Produktivkräfte werden durch die produktive Tätigkeit der

Menschen selbst entwickelt. An einem bestimmten Punkte geraten die Produktivkräfte in Widerspruch zu den gegebenen Produktionsverhältnissen und erfordern deren revolutionäre Umgestaltung.

Wir leben gegenwärtig in einer Epoche, in der die kapitalistischen Produktivkräfte in Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten sind. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse oder, rechtlich ausgedrückt, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse hemmen die Entwicklung der Produktivkräfte und führen periodisch zu Krisen und Kriegen. Sie machen eine Veränderung der Produktionsverhältnisse, d. h. die Aufhebung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und ihre Ueberführung in die Hände des Volkes notwendig. Erst im Sozialismus wird wieder ein richtiges Verhältnis zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen hergestellt und damit eine Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft möglich.

Alfred Lemnitz

Unter der Lupe

Im übrigen ist der Preisstop aufgehoben...

Einem Kunden, der Ende Juli bei einem hiesigen Optikergeschäft vorstellig war, wurde eine Sonnenbrille zum Preise von 15.- bzw. 25.- Mark angeboten. Da der betr. Kunde infolge Augenschmerzen die Brille notwendig brauchte, war er gezwungen, diesen horrenden Preis zu zahlen. Der Gewerkschaftsbund hat den Fall aufgegriffen und die Preisbehörde zum Einschreiten aufgefordert, weil ehemals Sonnenbrillen etwa in der Preislage von 0.25 bis 1.- Mark verkauft wurden.

Folgende Antwort gab das Amt für öffentliche Ordnung in Mannheim, L 6: „Auf Ihr Schreiben vom 30. 7. 48 teilen wir Ihnen mit, daß es sich bei den beanstandeten Brillen um hochwertige Neophansonnenbrillen handelt, für die der normale Preis niemals 0.25 bis 1.- Mark betragen hat. Im übrigen ist auch für diese Brillen der Preisstop aufgehoben und unterliegt somit der freien Preisbildung.“

Und weil diese Brillen der freien Preisbildung unterliegen, können die Verkäufer verlangen, was sie wollen. Heute, nachdem der Sommer herum ist und nur noch wenig Sonnenschein zu erwarten ist, werden die Brillen schon zum Preise von 3.- Mark an angeboten.

Die armen Seeleute

Helle Lampen Lichter sprühen, An den Scheiben Augen glühen Und in diesem Lichterfunkeln Ist empört gerechtes Munkeln.

In den Fenstern, welche Fülle Sehe ich durch meine Brille Lichtreklame aber blinken Preise, die zum Himmel stinken.

Teure Weine, Gänse, Hasen! Arme Kinder drücken Nasen Platt an jenen Fensterscheiben. Wird es weiterhin so bleiben?

Ohne jegliches Erbarmen Spricht der Reiche zu dem Armen: Bleib an meinen Fenstern stehen, Werde satt vom vielen Sehen.

Ludwig Rüböl

Bauernlegen in Altenbach

In Altenbach bei Schriesheim hat die Gemeinde einem Bauern zum 1. November sämtliche Pachtacker gekündigt. Diese Maßnahme ist umso verwerflicher, weil es sich bei dem gekündigten Grund und Boden um das frühere Eigentum der Eltern dieses Bauern handelt. Während der Nazizeit waren die Eltern in Geldschwierigkeiten geraten, das Grundstück wurde versteigert und von der Gemeinde aufgekauft, der Sohn konnte dann diese väterlichen Grundstücke nur pachtweise übernehmen. Jetzt will die Gemeindeverwaltung diesen Bauern auch das Pachtland nehmen, nachdem ihm der väterliche Grund und Boden als Eigentum verloren ging. Sollte dabei die politische Einstellung des Betroffenen, der nicht in das Horn der CDU bläst, eine Rolle spielen?

Für Einheit der Eisenbahner

Das Lokomotivpersonal von Württemberg-Baden hielt am 11. und 12. September in Mosbach seine Landesfachgruppentagung ab. Die Delegierten brachten zum Ausdruck, daß die Interessen des Lokomotivpersonals nur in der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands gesichert werden könne. Sie lehnten mit Empörung und Enttäuschung jede Zersplitterung der Eisenbahner in einzelne Fachgewerkschaften ab. Insbesondere wendeten sich die Delegierten gegen den Versuch, die frühere Gewerkschaft der Lokführer wieder ins Leben zu rufen.

Es ist bezeichnend, daß sich Radio Stuttgart dazu hergegeben hat, die Bestrebungen zur Zersplitterung der Eisenbahner zu fördern, indem es die Aufforderung eines Offenbacher Lokführers, die die Neugründung der früheren Gewerkschaft der Lokführer zum Inhalt hat, durchgab.

2000 Stahlarbeiter protestierten

(PD) Die Stahlwerke AG in Osnabrück nahm eine Entschließung gegen die reaktionäre Preis- und Lohnpolitik an. In dieser Entschließung fordert die 2000 Mann starke Belegschaft im Interesse aller Werktätigen den Niedersächsischen Landtag auf, eine wirkliche Bedarfswirtschaft herzustellen und der schamlosen Preistreiberei ein Ende zu bereiten.

Desorganisation im Gefolge des Marshallplans

Unruhe in der Marshall-Front — Aussteigen nicht erlaubt

Wie die in Den Haag erscheinende Wirtschaftszeitung „Die Weltwirtschaft“ am 31. August berichtet, hat Washington eine Delegation nach Europa entsandt, deren Aufgabe darin besteht, „die Besorgnis ihrer Regierung über den sehr unbefriedigenden Verlauf des Handels- und Zahlungsverkehrs zwischen den ERP-Ländern zum Ausdruck zu bringen und auf eine beschleunigte Belebung des augenblicklich so trägen Warenaustausches zu drängen.“

Diese Meldung beleuchtet einerseits die auch von vielen Kritikern des Marshall-Planes zu wenig beachteten Gegensätze zwischen den europäischen Marshall-Ländern und bestätigt andererseits die vorausgesagten Komplikationen, welche sich notwendigerweise aus den Beziehungen zu ihrem „Wohltäter“, den USA, ergeben mußten.

Die 18 Länder der Pariser Organisation sind bekanntlich nicht nur Empfängerstaaten, sondern sollen ihre Ueberschüsse an die übrigen Mitgliederstaaten exportieren. Einige, wie z. B. die Schweiz und Schweden, muß man als ausgesprochene Donatoren (Geber) bezeichnen, die geglaubt haben, der Marshall-Plan sichere ihnen außerhalb der bestehenden Handelsverträge ihren Export auf Jahre hinaus.

Jetzt ist das „big business“ kaum einige Monate im Fluß und schon sitzen die Belgier auf ihren Stahl- und Textilwaren, die Engländer auf ihren Kohlenhalden, die Griechen und Türken werden ihren Tabak nicht los, und den Holländern und Italienern verkaufen Gemüse und Früchte. Durch den Beistand des Marshall-Planes verleiht, waren alle bemüht, zu günstigeren Bedingungen mit den USA ins Geschäft zu kommen, als sich beim Einkauf bestimmter Waren aus den Nachbarländern „gewisse Opfer“ aufzuerlegen.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte; das ganze europäische Handelsgefüge, auf den Handel mit den USA ausgerichtet, hat die alten europäischen Beziehungen zerschlagen und desorganisiert.

Es gibt nämlich keinen vernünftigen Kapitalisten auf der ganzen Welt, der gewillt ist, auf Kosten seines Profits im Interesse des Konkurrenten, wenn er auch nebenan wohnt, „gewisse Opfer“ zu bringen.

Wenn jetzt Washington zum Eingreifen gezwungen ist, so hat das seinen politischen und wirtschaftlichen Sinn. Es geht um die Erhaltung der Einheit der Marshall-Länder als Transmission der Wallstreet für ihre politischen Manipulationen in Europa.

Es ist den Amerikanern klar, daß die europäischen Länder zum Prinzip der freien Handelsverträge zurückkehren, wenn deren Export weiter auf Kosten der amerikanischen Lieferungen zum Erliegen kommt.

Die Schweiz, die kein Schuldnerstaat im Sinne der Marshall-Hilfe ist, soll, wie alle ERP-Länder, eine amerikanische Kontrollkommission, wirtschaftliche Auskunftspflicht und wie diese „die Freiheit der Völker nicht beeinträchtigenden Wohlfahrtseinrichtungen“ alle heißen mögen, über sich ergehen lassen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ konkretisiert die schweizerischen Wünsche sehr offen. Sie schreibt am 28. August 1948:

„Es ist dringend zu hoffen, daß man jenseits des Atlantiks die Theorien, die zur Vorlage des Pflichtenheftes an uns geführt haben, beiseite legt und sich an die realen Verhältnisse hält, die beide Länder als gleichberechtigte Handelspartner erscheinen lassen.“

Daß dies keineswegs im Sinne des Erfinders ist, liegt auf der Hand, und eine Gefährdung des Marshall-Planes auch von dieser Seite her wird den Widerstand der USA hervorrufen.

Im Kreuzzug gegen den Kommunismus

Aus der Rede Dr. Schumachers auf dem SPD-Parteitag

Und was ist Sozialismus?

Sei es die Agrarreform oder sei es vor allem die Ueberführung der großen industriellen Produktionsmittel in Gemeinbesitz, beides entspricht nicht den deutschen Auffassungen vom Wesen des Sozialismus.

Zusammenarbeit mit der CDU

Die enge politische Zusammenarbeit ist nur möglich, wenn alle Beteiligten zu Opfern entschlossen sind... Die sozialdemokratische Partei... ist im Prinzip zur Zusammenarbeit bereit. Seid einig im Kreuzzug gegen den Kommunismus

In den Westzonen muß jede Partei mit den ihr eigentümlichen Argumenten gegen den Kommunismus operieren und in der Zusammenarbeit mit den anderen Parteien dann die sozialen Voraussetzungen verändern, aus denen sonst die kommunistische oder national bolschewistische Chance erwachsen könnte. Leider haben westlich des eisernen Vorhangs die CDU und die ihr nahestehenden Parteien den Kampf gegen den Kommunismus der Sozialdemokratie allein überlassen.

Keine Gefahr für das Kapital

Blitz und Donner einer von Sowjetrußland angeordneten Enteignungsaktion scheinen den besitzenden Kreisen in Westdeutschland vorläufig keine Gefahr zu sein, weil sie sich auf die westlichen Besatzungsmächte verlassen...

„Ich will doch nur sachliches Entgegenkommen“

Daß ein sachliches Entgegenkommen unter Opfern und unter Schmälerung des Eigentums oft das einzige Mittel ist, um den Verlust des Ganzen zu vermeiden, leuchtet sehr vielen Besitzenden nicht ein.

Wir brauchen keinen Marxismus, sondern einen Brei!

Der Kampf um die Demokratie und den Sozialismus verlangt von seinen Streikern kein Bekenntnis zum Marxismus... Jede moderne demokratische Partei muß in ihrer geistigen Abneigung und in ihrer Waffensammlung verschiedene Theorien haben. Eine einheitliche Parteitheologie wäre der Tod der Freiheit.

„Säuberung“ im Roten Kreuz

Allen Angestellten im Präsidium gekündigt — Protest des Betriebsrats

Der Verwaltungsrat des württembergisch-badischen Roten Kreuzes erklärte in einer Mitteilung an die Presse: „Nachdem vor einiger Zeit über dreiviertel aller württembergisch-badischen Kreisvereine in Berücksichtigung der politischen Herkunft, jedoch unter Anerkennung der Verdienste, des bisherigen Präsidenten beschlossen haben, den Vizepräsidenten mit der Wahrnehmung der Präsidentengeschäfte zu beauftragen, ist Herr Schlotterbeck in der Verwaltungsratsitzung am 10. September aus seinem bisherigen Amt ausgeschieden.“ Wie weiter dazu bekannt wird, beschloß der Verwaltungsrat, allen Angestellten des Präsidiums zu kündigen. Der Betriebsrat protestierte gegen diesen Beschluß und teilte mit, daß die Gewerkschaften und das Landesarbeitsamt damit nicht einverstanden seien.

Nun ist es also erreicht. Schon als Arbeitsminister Kohl durch den Landtag entlassen wurde, sollte Präsident

Schlotterbeck mitgestürzt werden. Die „Palastrevolution“, von der er damals sprach, scheint inzwischen weitergegangen zu sein. Nur so ist es verständlich, daß er offenbar schon vor „eini-ger Zeit“ abgesetzt wurde, aber erst am 10. September ausschied. Diese Zurückhaltung ist wohl auch so zu verstehen, daß bei der Absetzung nicht alles planmäßig klappte und mit un-demokratischen Mitteln nachgeholfen werden mußte. Die Kündigung sämtlicher Angestellten des Präsidiums, für die als Begründung offenbar schon hinreichend ist, daß sie unter einem Mann gearbeitet haben, der Mitglied der Kommunistischen Partei ist, spricht für sich. Daß Schlotterbeck „in Berücksichtigung“ seiner „politischen Herkunft“ abgesetzt wurde, unterstreicht die ausdrückliche Anerkennung seiner Verdienste um das „Rote Kreuz“. Von den hierfür Verantwortlichen wurde das gültige Recht und die Neutralität des „Roten Kreuzes“ grob verletzt.

Meine Meinungen

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einsendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Wir haben es satt

Viele Mannheimer Hörer des Stuttgarter Senders möchten ihrer Empörung über die abendlichen Kommentare des Herrn Frentzel Ausdruck geben durch diese Zeilen. Die Herren vom Schlage Goebbels-Fritsche scheinen in dem neuen Sprecher ihre Wiederaufstehung zu feiern. Wir haben es endlich satt, diese Art von Hetzpropaganda über uns ergehen zu lassen. Wir können und wollen uns eine eigene Meinung machen und wollen uns absolut nicht die von fremden Mächten gewünschte Ansicht aufrängen und anreden lassen. Ein deutscher Sender hat objektiv zu sein und es ist unverantwortlich, in dieser Weise die Meinung der Hörer im Interesse fremder Großmächte zu mißbrauchen und gegen eine bestimmte Besatzungsmacht dabei zu beeinflussen. A.B.

Der heutige Abend, 8.00 und 10.15 Uhr, brachte wieder ein ganz unverantwortliches Geschwätz dieses Fritsche-Schülers — bitte verschonen Sie die deutschen Hörer mit solch gefährlicher Hetzpropaganda —. Es ist uns jede der vier Besatzungsmächte gleich wert (oder nicht wert), keinesfalls wollen wir uns einspannen lassen in irgendwelche Streitigkeiten, die die „großen Vier“ miteinander haben. Unsere Aufgaben und Interessen stehen heute ganz wo anders, als uns in die Händel der Alliierten ziehen zu lassen. Der Stuttgarter Rundfunk möge dies beherzigen.

Für viele Mannheimer Hörer.

Ein unmögliches Spruchkammerurteil

Die Rhein-Neckar-Zeitung berichtet von einem Spruchkammerurteil gegen den Kreisschulrat Bockenheimer in Tauberbischofsheim, das im ganzen badischen Hinterland nicht nur starkes Befremden, sondern auch schärfsten Widerspruch und Unwillen erregt. Die Zeitung berichtet:

„Keine stichhaltigen Belastungen. Wie wir schon in Nr. 53 der RNZ berichteten, stand Kreisschulrat August Bockenheimer, der schon im vergangenen Jahr einen rechtskräftigen Einstellungsbescheid seines Spruchkammerverfahrens erhielt, erneut vor der Kammer. Als belastendes Argument galt ein Brief Bockenheimers, den er als Berufsschullehrer über das Verhalten eines Schülers an den Schulrat weiterleitete. In diesem Schreiben meldete er seiner vorgesetzten Dienststelle, daß dieser Junge als Außenseiter seiner Klasse sich dem deutschen Gruß widersetze und eine kommunistische Haltung an den Tag lege. Die Kammer unter Vorsitz von Oberlandesgerichtsrat Gattermann kam zu dem Entschluß, den Betroffenen als vom Gesetz nicht betroffen einzureihen.“

Wir fragen den Herrn Befreiungsminister, ob er gewillt ist, dieses wohl unter stärkstem Einfluß von gewissen kirchlichen Kreisen erwirkte Urteil bestehen zu lassen und geben ihm zu bedenken: Müssen nicht sämtliche Beamte und Lehrer, die bedeutend geringer belastet waren und als Mitläufer von den Spruchkammern verbeschieden und dadurch Monate und Jahre dienst- und verdienstlos waren, den berechtigten Eindruck erhalten, daß der heutige demokratische Staat mit zweierlei Maß mißt? Wundert sich da die Regierung, daß kein Vertrauen in die Objektivität und demokratische Regierungsführung der leitenden Regierungsstellen mehr vorhanden sein kann? Glaubt vielleicht ein Mensch mit objektiv gesundem Verstand, daß der Herr Kreisschulrat mit seiner Anzeige gegen den betreffenden Schüler nicht eine nach außen hin unsichtbare Denunziation bezwecken wollte, die heute nur in jesuitischer, heuchlerischer Darstellung ein anderes Gesicht erhalten soll. Ja, Herr Kreisschulrat Bockenheimer mußte damals und auch heute wieder seinen Mantel nach dem Wind zu hängen und soll deshalb vom Gesetz als nicht betroffen bezeichnet werden. Höher geht die Heuchlerei des Rechtes nicht mehr. Wir verlangen unbedingte Herstellung des Grundsatzes: Gleiches Recht für alle! Ein Lehrer.

Die Kommunistische Partei und ihr Mitglied Schlotterbeck haben die Neutralität des Roten Kreuzes bisher respektiert. Wenn diese nunmehr in Frage gestellt ist, so sind nicht sie schuld daran. Verfassung hin, Verfassung her, wenn es sich um Kommunisten handelt ist eben — wie früher — alles erlaubt „und kann und darf es nicht ausbleiben, daß Angehörige dieser Partei nicht nur von der Präsidenschaft des Roten Kreuzes, sondern überhaupt von allen Aemtern und Funktionen in einem Kulturstaat ausgeschlossen werden.“ (Der CDU-Politiker Dr. Otto Färber in einem Leitartikel der Stuttgarter Nachrichten vom 13. September.)

Metamorphosen

„In einer Unterhaltung mit Dr. Schacht habe ich mich davon überzeugt, daß er denselben Standpunkt wie wir einnimmt. Er ist einer der wenigen, die vollkommen mit den Ansichten des Führers übereinstimmen.“ (Dr. Goebbels in seinem Tagebuch am 21. November 1932.)

„Ich werde nichts tun oder sagen, was nicht die Genehmigung des Führers bekäme. Infolgedessen liegen die Entscheidungen im Wirtschaftsleben nicht in meinen, sondern in seinen Händen.“ (Dr. Schacht am 4. März 1935 in Leipzig.)

„Wer in diese Wirtschafts- und Finanzpolitik unbefugt und störend eingreift, ist ein Schädling. Die Politik unseres Führers kann nur gelingen, wenn das Volk in einmütiger Geschlossenheit sich dahinter stellt... Wir sitzen alle in einem Boot beieinander, und es wird niemanden Gelegenheit gegeben, auszustiegen. Es gibt nur eines: Vertrauen in die Seetüchtigkeit dieses Bootes und in die Führung des Kapitäns, der dem deutschen Reichsschiff befiehlt.“ (Dr. Schacht am 18. August 1935.)



„Deutschland braucht unbedingt Kolonien. Wenn möglich, werden wir sie auf dem Wege friedlicher Verhandlung erlangen, wenn nicht, werden wir sie erobern...“ (Dr. Schacht am 23. September 1936 zum Botschafter der USA, Fuller.)

Nach seiner Entlassung aus dem Interniertenlager Ludwigsburg ist der ehemalige Wirtschaftsminister und Präsident der Deutschen Reichsbank (!) Dr. Hjalmar Schacht zu seiner Familie... zurückgekehrt. (dpd. vom 5. September 1948.)

Im Rohwohlt-Verlag... erscheint am 6. Oktober in Form eines Rotationsdruckes „Abrechnung mit Hitler“, von Dr. Hjalmar Schacht, zum Preise von einer D-Mark in einer Erstauflage von 100.000 Exemplaren. (dpd. vom 10. September 1948.)

„Und es gibt endlich wieder Krieg, / so kannst du ruhig sterben: / ob Niederlage oder Sieg, / Herr Schacht wird nicht verderben! / Und wenn an Leib und Seele wund / das Deutsche Reich verkracht: / im Hintergrund — im Hintergrund / verdrückt sich still Herr Schacht!“ („Simplicissimus“, Juni 1931.)

Frage der Sekretärin beim Ablegen der Manuskripte: „Wo soll ich den Schacht nun unterbringen, unter Wirtschaftsführer oder namhafte Schriftsteller oder unter Kriegsverbrecher?“

Neue Kartoffel ohne Kartoffelkäfergefahr

(Rdft.) Versuche zur Züchtung einer neuen Kartoffelsorte, für die keine Kartoffelkäfergefahr mehr besteht, wurden bisher im Versuchsgut Gatersleben unternommen. Man rechnet damit, daß in nächster Zeit eine hochwertige Speisekartoffelsorte zum Großenbau herausgebracht werden kann.

Das erste Umsiedler-Genossenschaftsdorf

(PD) In Sachsen-Anhalt, im Kreis Schweinitz, entsteht zur Zeit das erste Umsiedler-Genossenschaftsdorf der Ostzone. In Gemeinschaftsarbeit haben dort Umsiedler eine 1000 Hektar große zerstörte Waldfläche in Acker- und Bauland umgewandelt. Die Arbeiten an den Eigenheimen für die 62 Familien sind soweit gediehen, daß die neue, selbständige Siedlung noch in diesem Jahr von Landtag und Regierung anerkannt werden kann.

Preissteigerung - kein Ausweg für die Bauern!

Lage der Landwirtschaft kritisch - Für den gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Bauern

Es ist kein Zweifel, auch für die Landwirtschaft sind die Erwartungen, die viele Bauern in die Währungsreform gesetzt haben mögen, nicht eingetroffen. Nach dem großen Schnitt, nach der Enteignung der breiten Massen, wie man die Währungsreform eigentlich nennen müßte, erscheint die Lage der Bauernschaft nach wie vor wenig hoffnungsvoll.

Insbesondere die Klein- und Mittelbauern stehen heute im schweren Kampf um die Erhaltung ihrer bäuerlichen Existenz.

Die Stadtbevölkerung ist allzu leicht geneigt, in dem Bauern den gutverdienenen Mitbürger zu sehen. Die zu „hohen“ Lebensmittelpreise (zu hoch im Verhältnis zu dem geringen Einkommen der breiten Käuferschicht) lassen leicht diese irrtümliche Auffassung aufkommen. Die Wirklichkeit sieht jedoch wesentlich anders aus. Die bäuerlichen Massen haben ebenso unter der kapitalistischen Profitgier zu leiden, wie die Arbeiter und die anderen minderbemittelten Schichten unseres Volkes.

Die Landwirtschaft war beim Währungsschnitt von vornherein benachteiligt gegenüber der Industrie. Der Bauer konnte nicht, wie die Industrie, sofort über ein bares Betriebskapital verfügen, er konnte nicht, wie diese, pro beschäftigter Person 60 RM im Verhältnis 1:1 umtauschen. Gewiß, der Bauer konnte jetzt Gemüse und Obst und Eier frei verkaufen, keine Zwangsbewirtschaftung mehr und keine Höchstpreise, aber die Preisschere

zwischen den Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Industrie blieb nicht nur, sie wurde nur noch größer und unerträglicher. Dem sprunghaften Ansteigen der Preise für Industrieerzeugnisse konnten die Agrarpreise nicht folgen. Im Gegenteil, für manche landwirtschaftlichen Produkte gab es Preisestürze und trotzdem mußten manche für die menschliche Ernährung bestimmten Lebensmittel an das Vieh verfüttert werden, oder ging zugrunde. Die Bauernschaft ist gegenüber der Industrie noch viel mehr in das Hintertreffen geraten, wie das vor der Währungsreform der Fall war. Auch die vollständige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung, wie sie der Bauernverband fordert (siehe Entschließung des Württembergisch-Badischen Bauernverbandes), wird für die breite Masse der Bauern nicht viel an der Lage ändern. Mögen etwa die extensiv wirtschaftenden Großgrundbesitzer aus einer Erhöhung etwa der Getreidepreise (die einer vollständigen Aufhebung der Bewirtschaftung folgen müßte), Nutzen ziehen, für die Verbraucher bedeutet dies eine unerträgliche Verteuerung des täglichen Brotes und die Lage der Kleinlandwirte wird sich nicht bessern.

CDU und DVP konnten nicht laut genug nach der freien Wirtschaft schreien, die Führer der Bauernverbände stießen in das gleiche Horn. Heute ist es soweit. Die „Zwangswirtschaft“ ist zu einem großen Teil beseitigt und die Bauern müssen feststellen, daß sie genau wie die minder-

Sind die Landarbeiter Staatsbürger 2. Klasse?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Gewerkschaftszeitung“ des württembergisch-badischen Gewerkschaftsbundes einen Artikel, in welchem die Benachteiligung der Landarbeiter in dem neuen Gesetz des württembergisch-badischen Landtages zum Mitbestimmungsrecht kritisiert wird.

„Wir Landarbeiter haben erwartet“, so heißt es in diesem Artikel, „daß in diesem neuzeitlichen Gesetz der alte Zopf weggelassen würde und daß der Grundsatz: Einheitliches Arbeitsrecht und staatsbürgerliche Gleichberechtigung beachtet werde. Wir sind bitter enttäuscht!“

In § 3, Absatz 3, des Gesetzes ist dieselbe Rückständigkeit und Ungleichheit festzustellen, wie in früheren Gesetzen. In den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben findet das Gesetz erst Anwendung bei ständig mindestens 30 Arbeitnehmern; in den übrigen Betrieben genügen 20 Arbeitnehmer. Es handelt sich für uns Landarbeiter nicht darum, ob die Anwendung bei 20 oder bei 30 Arbeitnehmern möglich ist; in einer Gärtnerei kann dies bei 20 Beschäftig-

ten praktisch werden, in einem Gutshof bei 50 nicht. Es handelt sich um die soziale Zurücksetzung und die Einstufung als Staatsbürger und Arbeiter zweiter Klasse, gegen die wir Protest erheben. Wenn die Grundrechte einer Verfassung so beachtet werden und man solche Unterschiede schafft, dann ist es schwer, für eine soziale Demokratie zu werben und Verständnis dafür zu finden. Mit Recht sagt der Landarbeiter: An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen!

Der Landtag Württemberg-Baden hat mit dieser Ausnahmebestimmung den Landarbeitern, statt Anerkennung für ihre unter den mißlichsten Arbeits- und Lohnbedingungen im Verlaufe der letzten drei Jahre geleistete Arbeit einen regelrechten Fußtritt versetzt. Was zu vermerken ist.“

Was der Artikelschreiber zu sagen vergißt, ist, daß für dieses Gesetz die drei Regierungsparteien in Württemberg-Baden verantwortlich sind und daß leider auch ein dem Bundesvorstand angehörender sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter (Kleinnecht) diesem Gesetz zugestimmt hat.

Zweiter Tag der Fußballsaison 1948/49

Süddeutsche Oberliga

- SV Waldhof — Kickers Offenbach 2:2
FC Rödellheim — VfR Mannheim 1:2
Eintracht Frankfurt — BC Augsburg 0:2
Stuttgarter Kickers — VfB Mühlburg 4:0
1860 München — VfB Stuttgart 4:1
Schwab. Augsburg — FSV Frankfurt 3:0
Schweinfurt 05 — Ulm 46 2:1
1. FC Nürnberg — Bayern München 2:2

Daß sich die Waldhöfer mit den Offenbacher Kickers schwer tun würden, hatte man erwartet und ist auch prompt eingetroffen. Auch der Sieg des VfR in Rödellheim ist knapp und beweist, daß man den Neuling nicht zu leicht nehmen darf. In Stuttgart sind für Gastmannschaften die Punkte sehr rar. Dies mußte Mühlburg im Spiel gegen die Kickers erfahren. Das glatte Ergebnis 4:0 ist aber einigermaßen überraschend. Die übrigen Ergebnisse brachten mit Ausnahme der Heimmiederlage der Frankfurter Eintracht gegen BC Augsburg keine Überraschungen.

Der kommende Sonntag bringt für Mannheim die Begegnung VfR Mannheim — Stuttgarter Kickers. Der neu hergerichtete Platz an den Brauereien wird seine zweite Belastungsprobe aushalten müssen. Wir rechnen mit einem knappen Sieg des VfR. Waldhof muß nach Mühlburg. Eine Vor-

aussage ist schwer, eine Punkteteilung ist aber möglich. Sonstige Spiele: FSV Frankfurt — Rödellheim, VfB Stuttgart — Eintracht Frankfurt, Kickers Offenbach — 1. FC Nürnberg, Ulm 46 — 1860 München, BC Augsburg gegen Schweinfurt, Bayern München gegen Schwaben Augsburg.

Badische Landesliga

- ASV Feudenheim — 1. FC Pforzheim 0:3
Phönix Karlsruhe — VfL Neckarau 0:1
Amicitia Viernheim — ASV Durlach 0:1
VfR Pforzheim — TSG Rohrbach 3:0
SV Schwetzingen — Germ. Brötzingen 2:1
VfB Knielingen — Friedrichsfeld 1:2

Während sich der VfL Neckarau in Karlsruhe bei Phönix mit einem knappen 0:1 zwei wertvolle Punkte holte, verlor Feudenheim auf eigenem Platz überraschend glatt mit 0:3. Die übrigen Ergebnisse brachten keine Überraschungen.

Die kommenden Spiele: 25. September: ASV Durlach — ASV Feudenheim, Germania Brötzingen gegen Phönix Karlsruhe.

26. September: 1. FC Pforzheim gegen Amicitia Viernheim, VfL Neckarau gegen Schwetzingen, TSG Rohrbach gegen VfB Knielingen, Sandhofen gegen VfR Pforzheim; Germania Friedrichsfeld spielfrei.

bemittelte Bevölkerung in der Stadt die Betroffenen sind. Nicht, daß wir der verflochtenen Zwangswirtschaft eine Träne nachzuweinen gedenken, wir haben stets betont, daß wir diese Art Zwangswirtschaft ablehnen.

Die monopolkapitalistischen Beherrscher Deutschlands haben es für richtig befunden, ihre kapitalistische Zwangswirtschaft durch eine freie Wirtschaft zu ersetzen, und in dem einen wie im anderen Falle sind auch die Bauern die Dummen, wie man kurz und bündig im Volksmund sagt.

Der Ausweg, den die Bauernverbände vorschlagen, ist kein Ausweg. Die allgemeine Erhöhung der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte müßte die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung noch mehr verschlechtern. Sie müßte aber auch dazu führen, daß die Bauern auf ihren Erzeugnissen sitzen bleiben, wie das bei Gemüse und Kartoffeln teilweise schon der Fall ist. Dann hilft auch keine vom Bauernverband und vom Minister Stöbß vorgeschlagene sogenannte Marktregelung, durch die „Preiseinbrüche“ vermieden werden sollen.

Herunter mit den Preisen, diese Forderung der Arbeiterschaft, die sich natürlich in erster Linie auf die unverschämte überhöhten Industriepreise beziehen muß, ist eine Forderung, der sich auch die Bauern im wohlverstandenen eigenen Interesse anschließen sollten. Die Kapitalisten sind die einzigen, die aus der ganzen Entwicklung nach der Währungsreform den Nutzen gezogen haben, sie wollen den Lebensstandard der breiten Masse und der schaffenden Bauern noch weiter herabdrücken. Auf diese sollen die ganzen Lasten des Hitlerkriegs und die Lasten des „Wiederaufbaus“ seit 1945 die ärmsten Teile des Volkes tragen, den Kapitalisten aber soll der Profit erhalten bleiben. Dagegen müssen Arbeiter und Bauern gemeinsam angehen und kämpfen. Nur durch diesen gemeinsamen Kampf kann auch die Lage der Bauernschaft gebessert werden.

Kriegsgefangene aus Jugoslawien kehren heim

Auf Grund eines Regierungsbeschlusses der Freien Volksrepublik Jugoslawien werden alle Kriegsgefangenen Ende dieses Jahres zurückgeführt werden. Wie die nachstehende Aufstellung zeigt, beginnt die Rückführung am 1. 11. 1948 und endet am 18. 1. 1949: Wer kommt wann aus Jugoslawien?

Table with columns: Abfahrt ab Beograd nach, Deutschland, Oesterreich, Nr. des Kgf.-Lagers. Lists dates and numbers of returning prisoners.

Sechs Millionen Kinder ohne Unterricht

(DFP) Washington. Nach offiziellen statistischen Angaben waren Anfang dieses Jahres in den Vereinigten Staaten von Amerika 6 Millionen Kinder, d. h. etwa ein Fünftel aller Kinder im schulpflichtigen Alter, von den Schulen nicht erfaßt. In diesem Zusammenhang wird in Pädagogikerkreisen von einer Krise der Volksbildung in den USA gesprochen.

KPD Uns gehört die Zukunft

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortl. für d. Inhalt: Kurt W. Weber, Mannheim, S. 3, 10. Tel.-Nr. 432 60. - Druck: Mannheim'scher Großdrucker, Mannheim, R. 1, 4-6. Vertrieb: Nordbadische Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 25 000.